



## **MEHR SCHATTEN ALS LICHT AM WIRTSCHAFTS- STANDORT**

**Wie kann Europa seine  
Rolle im Machtgefüge der  
Weltwirtschaft finden?**

# ARMUT, REICHTUM & UMVERTEILUNG

## 15 Fakten zum Wohlstand in Österreich

Gibt es in Österreich wirklich so viele arme Menschen? Geht die Schere zwischen Arm und Reich in Österreich wirklich weiter auf? Gibt es in Österreich wirklich so wenig vermögensbezogene Steuern?

In der politischen Debatte werden viele Themen mit Emotion und nicht immer sachbezogen debattiert. Mit „Armut, Reichtum & Umverteilung“ werden die Fakten, und nicht die „Mythen“ zusammengestellt.

Mit „Armut, Reichtum & Umverteilung“ wird anhand von 15 Fakten zum Wohlstand in Österreich auch ein Beitrag für eine sachliche politische Debattenkultur geleistet.

Informieren Sie sich unter:

[www.armut-reichtum-umverteilung.at](http://www.armut-reichtum-umverteilung.at)



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Sara Grasel,  
Chefredakteurin

2024 ist ein Jahr der Weichenstellungen für Europa und für Österreich. Heuer wird die Hälfte der Weltbevölkerung zu den Wahlen gerufen und mit ihnen auch Millionen Europäerinnen und Europäer bei der EU-Wahl und Österreicherinnen und Österreicher bei den Nationalratswahlen. Ein Wahlrecht, von dem jede und jeder Gebrauch machen sollte – es ist die „Grundübung der Demokratie“, sagt Martin Selmayr. Und weiter: „Wir sind damit der einzige Kontinent der Welt, der demokratische Entscheidungen transnational organisiert“. Selmayr war 20 Jahre lang Beamter der Europäischen Kommission, zuletzt als Generalsekretär und Botschafter der Kommission in Österreich. Wofür steht Europa heute? Das haben wir Selmayr in einem Doppelinterview mit einer jungen Unternehmerin aus Österreich gefragt. Julia Aichhorn ist Geschäftsführerin der exportstarken Aichhorn Group und setzt sich als Bundesvorsitzende der Jungen Industrie für einen starken Wirtschaftsstandort ein.

Um die Herausforderungen und Chancen des „alten Kontinents“ geht es auch in der großen Strecke zum Wirtschaftsstandort Europa, in dem Klaus Günter Deutsch, der Chefökonom des deutschen Bundesverbands der Industrie, die Stärken und Schwächen der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union analysiert. Der Krieg hat in Europa auch die äußere Sicherheit wieder in das Zentrum des politischen Interesses gerückt. Robert Brieger, oberster General der Europäischen Union, appelliert in unserem Artikel zur Sicherheitspolitik Europas, die Sicherheitsfrage nicht zu unterschätzen, auch wenn sie gerade mit anderen wichtigen Politikbereichen um Aufmerksamkeit ringt – Inflation, Rezession, Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt. Nicht zuletzt haben wir für Sie gemeinsam mit namhaften Expertinnen und Experten die Einflussphären von Netzwerken analysiert und uns angesehen, wie Quantentechnologie in Österreich vorangetrieben wird. Ich wünsche Ihnen gemeinsam mit Chefgrafikerin Nina Mayrberger viel Vergnügen beim Lesen und Erkunden dieser Sonderausgabe des IV-Magazins!



**ROBERT BRIEGER**

Vorsitzender des Militärausschusses der Europäischen Union



**ELISABETH  
ENGELBRECHTSMÜLLER-STRAUSS**

CEO Fronius International GmbH



**MARTIN SELMAYR**

Gastprofessor für Europarecht an der Universität Wien



**MARKUS BEYRER**

Generaldirektor BusinessEurope



**JULIA AICHHORN**

Geschäftsführerin der Dr. Aichhorn Group, Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

## EXPERTINNEN UND EXPERTEN IN DIESER AUSGABE

# INHALT



8



32



42

*Coverstory*  
8 **Licht und Schatten am Wirtschaftsstandort Europa**

*Interview*  
18 **Markus Beyrer**

*EU-Wahl 2024*  
22 **„I Vote“ – Denn jede Stimme zählt!**

*Sicherheit*  
24 **Europas neues Sicherheitsgefühl**

*Interview*  
32 **Martin Selmayr und Julia Aichhorn**

*Netzwerke*  
38 **Netzwerke als Wegweiser durch globale Herausforderungen**

*Forschung & Entwicklung*  
42 **Wie Österreich die Quantenrevolution vorantreibt**

*Interview*  
48 **Georg Knill**

## KOMMENTARE IN DIESER AUSGABE

- 7 **Christoph Neumayer**
- 28 **Isabella Mera-Waldstein**
- 41 **Andreas Kugi**

## STIMMEN AUS DER INDUSTRIE

Unternehmerinnen und Unternehmer über ihre Vision für Europa  
Auf den Seiten 5, 29, 37, 40 und 47



„Man muss etwas verdienen, bevor man es ausgeben kann - nur so kann der Wohlstand in Österreich nachhaltig finanziert und gesichert werden. Deshalb ist Wettbewerbsfähigkeit, auch global, so wichtig für Österreich und Europa. Viel ist über die Jahre gelungen, in einigen Bereichen ist Österreich Spitzenreiter, die Mikroelektronik ist ein Beispiel. In anderen weniger. Reformen sind dringend nötig für kürzere Genehmigungsverfahren zum Ausbau der erneuerbaren Energie und deren Netze, Investitionen in Bildung, Forschung sowie gegen hohe Energie- und Arbeitskosten. Es gilt, gemeinsam rasch Boden gut zu machen.“

**Sabine Herlitschka**, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG und Vizepräsidentin der IV

# STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Europa bietet viel Potenzial, exzellentes Wissen und technologischen Fortschritt. Um von diesem Know-How profitieren zu können, gilt es zuallererst Barrieren abzubauen. Überregulierung sowie hohe Kosten bei Löhnen und Energie schränken uns stark ein. Ebenso entscheidend sind Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Für einen langfristigen Unternehmenserfolg müssen wir uns aber auch aus den Kernzonen Europas hinausbewegen – so wie das PALFINGER mit seiner Balkanstrategie bereits demonstriert.“

**Andreas Klauser**, CEO der PALFINGER AG



„Ich arbeite für ein lebenswertes Europa, denn Bahnen verbinden Menschen und Märkte. Dafür braucht es eine leistungsfähige, moderne Bahninfrastruktur auf Basis einer verlässlichen langfristigen Finanzierung. Dies stärkt die Wirtschaft in Europa, sichert Arbeitsplätze und fördert zusätzlich die herausragende Position der österreichischen Bahnindustrie am Weltmarkt.“

**Andreas Matthä**, CEO der ÖBB-Holding AG



„Europa soll durchaus eine innovative und führende Rolle beim Schutz unserer Umwelt und des Klimas einnehmen, aber bitte mit Hausverstand und nicht durch überschießende Bürokratie. Schon jetzt haben wir weltweit die höchsten Umweltstandards und es gibt ein großes Verantwortungsgefühl sowohl in der Gesellschaft als auch bei den Unternehmen. Die Bevormundung der Bürger und Bürgerinnen Europas durch realitätsferne Bürokraten erreicht mittlerweile ein Ausmaß, das die Stabilität unserer demokratischen Ordnung gefährdet, weil sich die Menschen immer mehr populistischen Strömungen und Extremisten zuwenden. Diesen Trend müssen wir umkehren!“

**Christoph Kulterer**, CEO der HASSLACHER Holding GmbH



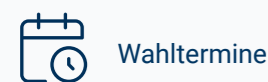
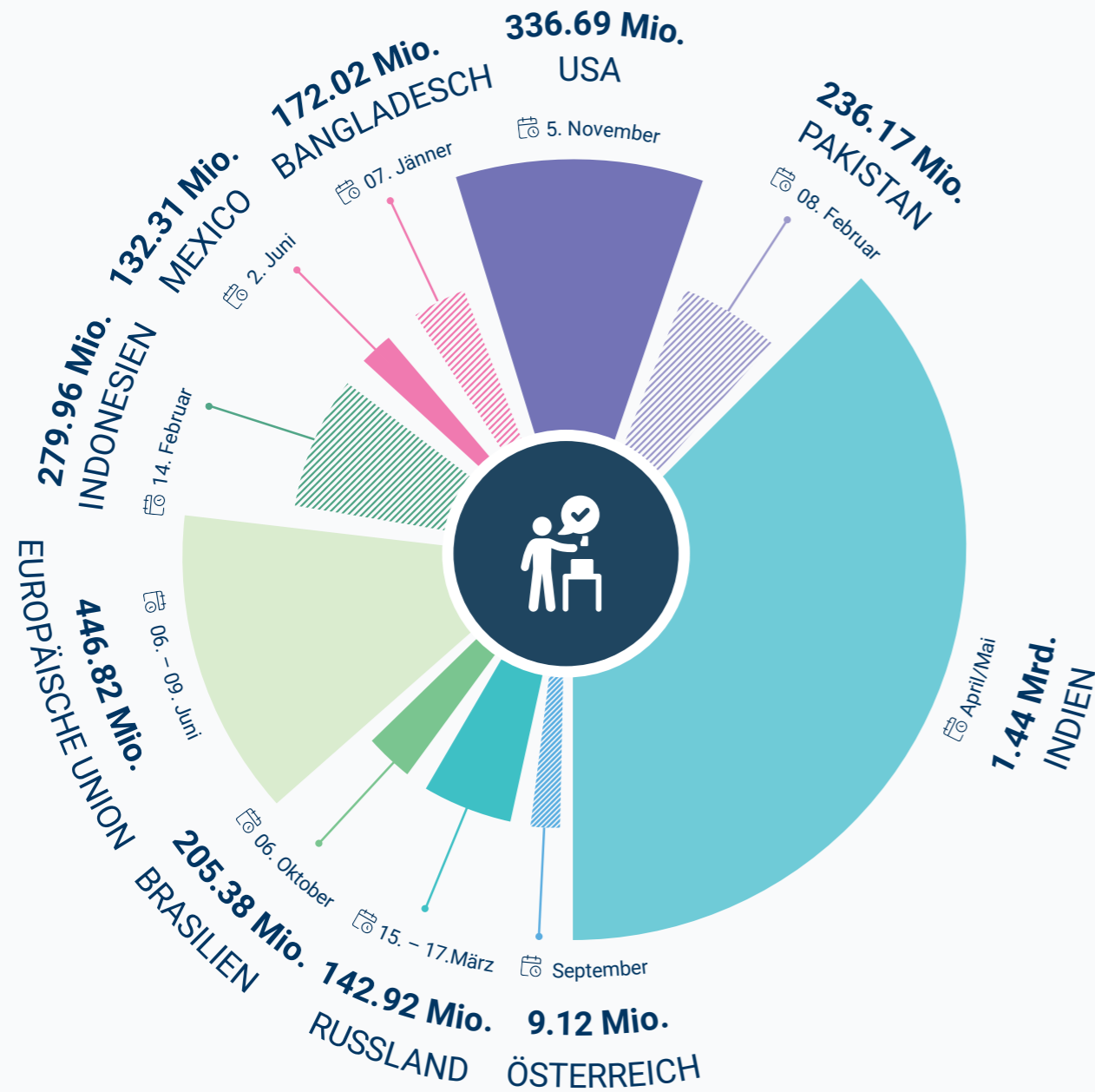
„Europa muss sich wieder auf das besinnen, was uns stark gemacht hat: Die soziale Marktwirtschaft. Und die beinhaltet ganz klar auch den Leistungsgedanken. Denn Wohlstand muss man sich zuerst auch erarbeiten. Dazu braucht Europa endlich auch eine mutige Industriestrategie und eine kluge, gemeinsame Energiepolitik. Mit weniger Regulierung und mehr Handlungsspielraum für Unternehmerinnen und Unternehmer.“

**Christian Pochtler**, Geschäftsführender Alleingesellschafter Pochtler Industrieholding GmbH / iSi-Group und Präsident der IV Wien

# SUPERWAHLJAHR 2024

4,2 MILLIARDEN MENSCHEN IN 76 NATIONEN  
MEHR ALS DIE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG WÄHLT

Länder und Staatenverbände, in denen 2024 gewählt wird, nach Bevölkerung:



## Ökonomische Vorbildwirkung statt Bürokratie-Rausch

*Auf der Welt wurden „noch nie so viele Staaten so schlecht regiert“ wie heute mit allen sozioökonomischen und ökologischen Folgen, urteilt die Bertelsmann-Stiftung. Statt mit Millionen Seiten Kleingedrucktem die Welt verbessern zu wollen, sollte Europa die Welt mit Vorbildwirkung von Demokratie, Freiheit und Wettbewerbskraft überzeugen.*



Die Welt wird undemokratischer – und erfolgloser. Das ist das ernüchternde Ergebnis der Bertelsmann-Stiftung, die mit dem Transformationsindex (BTI) 137 auf ihre wirtschaftliche und demokratische Entwicklung hin untersucht hat. Ausgeschlossen von dem Index werden nur jene Länder, deren Demokratie über einen längeren Zeitraum als konsolidiert und deren wirtschaftlicher Entwicklungsstand als weit fortgeschritten angesehen werden kann. Die Gruppe der untersuchten Länder ist seit der letzten Indexveröffentlichung im Jahr 2022 um 21 Länder gewachsen – Asien, Afrika und Südamerika sind fast flächendeckend enthalten. Diese Grundtendenz alleine ist schon alarmierend, die Studie verdeutlicht aber auch, dass eine Schwächung der Demokratie und die Herrschaft autokratischer Regime ökonomische Konsequenzen haben. In aller Deutlichkeit: Autokratisch geführten Staaten geht es mehrheitlich wirtschaftlich schlechter. Von den 55 Ländern mit den größten wirtschaftlichen Einschränkungen sind nur fünf funktionierende Demokratien. Mit Singapur gibt es nur einen autokratischen Staat, der marktwirtschaftlich einwandfrei funktioniert. Europa sollte also weiterhin auf der ganzen Welt

selbstbewusst für Demokratie und freie Marktwirtschaft als jene Systeme eintreten, die bisher weltweit am besten funktionieren. Dazu kann jede und jeder beitragen – als aktive Wählerin und aktiver Wähler.

Wovon sich Europa aber befreien muss, ist die moralische Überheblichkeit, mit der unsere Werte nach „friss oder stirb“-Mentalität auf die ganze Welt ausgerollt werden sollen. Europa verliert wirtschaftlich und damit auch politisch zunehmend an Gewicht auf der Welt – wir brauchen starke Partnerschaften in unterschiedlichen Weltregionen. Es sind vielleicht unangenehme Wahrheiten, denen wir uns stellen müssen, aber das macht sie nicht weniger wahr. Während sich Europa ziert, mit den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay Abkommen zu schließen und immer neue Forderungen stellt, nutzt China die Chancen, die sich dort wirtschaftlich ergeben – ob das für Menschen, Klima und Wachstum in Europa und Südamerika die bessere Wahl ist, sei dahingestellt.

Wirtschaftlich liegen die Stärken Europas nicht nur am Binnenmarkt – die großen Wachstumschancen warten, wenn wir uns anderen Weltregionen

öffnen und Partnerschaften mit befreundeten Demokratien wie den USA stärken. Statt uns darauf zu konzentrieren, verliert sich die EU derzeit in einem Bürokratie-Rausch, der die unternehmerische Innovationskraft mit einem wachsenden Berg an Berichts- und Informationspflichten lähmt. Die Lieferkettenrichtlinie wird dafür sorgen, dass europäische Unternehmen weitere Berge an Formularen ausfüllen und Berichten erstellen, aber sie wird nichts daran ändern, dass – laut Bertelsmann-Stiftung – „noch nie so viele Staaten so schlecht regiert“ werden wie heute mit allen sozioökonomischen und ökologischen Folgen. Statt mit Millionen Seiten Kleingedrucktem die Welt verbessern zu wollen, sollte Europa seine Stärken stärken und die Welt mit Vorbildwirkung von unserem Verständnis von Demokratie, Freiheit und Wettbewerbskraft überzeugen.

Ihr

Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär



# LICHT UND SCHATTEN AM WIRTSCHAFTS- STANDORT EUROPA

*Europa war die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Binnen weniger Jahrzehnte hat sich das Blatt gewendet. Wo liegen die Ursachen, was sind die Konsequenzen und welche Chancen und Stärkefelder werden die Zukunft der Wirtschaft am „alten Kontinent“ prägen?*

**E**uropa war noch vor wenigen Jahrzehnten das Zugpferd der Weltwirtschaft. Im Jahr 1989 herrschte am „alten Kontinent“ Aufbruchsstimmung. Der Eiserner Vorhang fiel und die Öffnung zwischen West und Ost löste eine wirtschaftliche Blütezeit aus. 1989 betrug der Anteil der heutigen EU-Staaten, damals noch inklusive Großbritannien, am globalen Bruttoinlandsprodukt, bereinigt um Kaufkraftunterschiede, 27,8 Prozent. Die USA brachten es auf 22,2 Prozent und China spielte mit einem Anteil von 4,1 Prozent noch kaum eine Rolle. Europa war die führende Wirtschaftsmacht der Welt. Drei Jahrzehnte später hat sich das Kräfteverhältnis massiv verändert: Der Anteil der EU an der globalen Wirtschaftsleistung (zu Kaufkraftparität) – mittlerweile ohne Großbritannien – betrug 2022

nur noch 14,9 Prozent und landete damit hinter den USA (15,5 Prozent) und China (18,4 Prozent) auf Platz drei der Wirtschaftsmächte.

Das starke Wachstum in den USA und China ist für die Wirtschaft in Europa zwar zunächst eine gute Nachricht. Die exportstarke Industrie profitiert von der starken Nachfrage aus den dynamischen Wirtschaftsräumen. Gleichzeitig gerät gerade die Industrie zunehmend unter Druck – durch die vergleichsweise hohen Energiepreise und Arbeitskosten, durch stark zunehmende Bürokratie und einen Mangel an Arbeitskräften. Und viele Menschen treibt die Frage um: Wie wirkt sich der weltwirtschaftliche Gewichtsverlust auf die weltpolitische Durchsetzungskraft der EU aus und welche Gefahren bergen die Abhängigkeiten von fernen Absatzmärkten?



*Fronius hat seinen Sitz in Oberösterreich und ist mit 37 Tochtergesellschaften auf fünf Kontinenten aktiv. Produziert wird in den Bereichen Schweißtechnik, Photovoltaik und Batterieladetechnik ausschließlich in Europa – CEO Elisabeth Engelbrecht Müller-Strauß sieht aber wachsende Standortnachteile: „Fronius ist ein Familienunternehmen mit starken Wurzeln in Europa und Österreich. Wir fertigen derzeit ausschließlich in Europa und auch der europäische Markt für Solartechnologie ist für uns unverzichtbar. Die USA haben allerdings mit dem IRA (Inflation Reduction Act) ein attraktives und unbürokratisches Modell implementiert, um die USA zum Standort Nummer 1 für die Herstellung von Produkten im Bereich der erneuerbaren Industrie zu machen. Anders als in Europa, wo die erneuerbare Industrie absatzmäßig gefördert wird, die Wertschöpfung in Europa aber bei den Förderungen nicht berücksichtigt wird, setzen die USA massiv auf eine Industrialisierung“.*

### Wenn Industrie wegzieht

Dass jetzt immer lauter von einer Deindustrialisierung Europas gesprochen wird, mag also kaum überraschen. Deindustrialisierung ist ein schleichender Prozess der Verlagerung von Produktionen in Weltregionen, in denen kompetitiv produziert werden kann – die Produkte also am Weltmarkt so angeboten werden können, dass sie im Vergleich zu Konkurrenzprodukten möglichst viele Vorteile haben. Ist das an einem von mehreren internationalen Standorten eines größeren Industrieunternehmens eher gegeben als an einem anderen, wird dort mehr investiert. Investitionen, die dann anderenorts für Wertschöpfung, neue Arbeitsplätze und mitunter auch technologischen Fortschritt sorgen. Die Industrie – das umfasst die Herstellung von Waren, Bergbau sowie Energie- und Wasserversorgung – trägt in Europa mit rund einem Fünftel einen signifikanten Anteil an der gesamten

Wertschöpfung. Sinnbildlich steht dafür der Spruch, dass „wir nicht davon leben können, uns gegenseitig die Haare zu schneiden“.

Der Dienstleistungssektor hat einen Anteil an der europäischen Wertschöpfung vor mehr als 70 Prozent – mit einem Aber: global betrachtet sind die großen Wachstumstreiber im Dienstleistungsbereich Internetplattformen und Software-Dienstleistungen. „Die großen Technologieunternehmen in diesem Bereich sind aber nicht in Europa entstanden – sie sitzen in den USA und haben in China Zwillinge“, sagt Klaus Günter Deutsch, Chefökonom des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Die Stärke der europäischen Wirtschaft sind innovative Industrieunternehmen, die Produkte und Komponenten auf den Markt bringen, die in ihren jeweiligen Nischen Spitzenreiter sind. Unternehmen, die es derzeit nicht leicht haben in Europa.

Foto: Fronius International GmbH

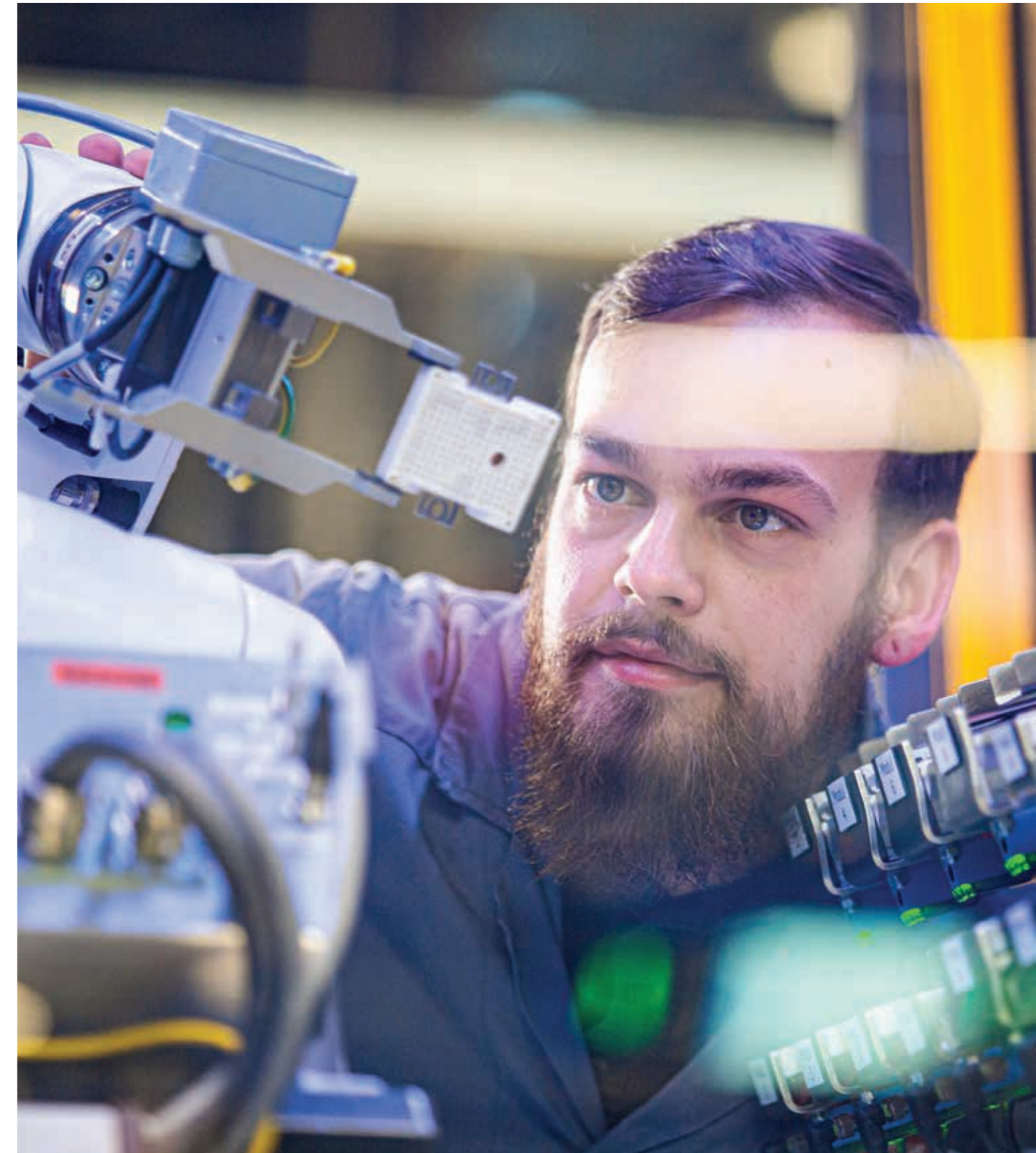


Foto: Fronius International GmbH

Wienerberger ist führender Anbieter von Lösungen für die gesamte Gebäudehülle in den Bereichen Neubau, Renovierung sowie Infrastruktur im Wasser- und Energiemanagement. Die Konzernzentrale sitzt nach wie vor in Wien – mittlerweile gibt es aber mehr als 200 Standorte in 28



Ländern. In Europa macht Wienerberger derzeit vor allem der Einbruch im Bausektor zu schaffen. „Die Zinssteigerungen, mit denen die EZB gegen die Teuerung vorgeht, haben die Baubranche in ganz Europa stark ausgebremst. Investitionen in Neubau und Renovierungen gingen schlagartig zurück, öffentliche Aufträge etwa für Infrastruktur brachen weg, Baustellen wurden stillgelegt. Der Baumarkt ist überall rückläufig, aber das europäische Neubausegment wurde besonders stark getroffen. Das spüren auch wir, allerdings konnten wir trotzdem 2023 ein gutes Ergebnis erzielen. Konkret haben wir sehr rasch in das Kostenmanagement eingegriffen und zusätzlich technologische Innovationen umgesetzt, mit denen wir nicht nur Kosten, sondern auch Emissionen senken konnten.“

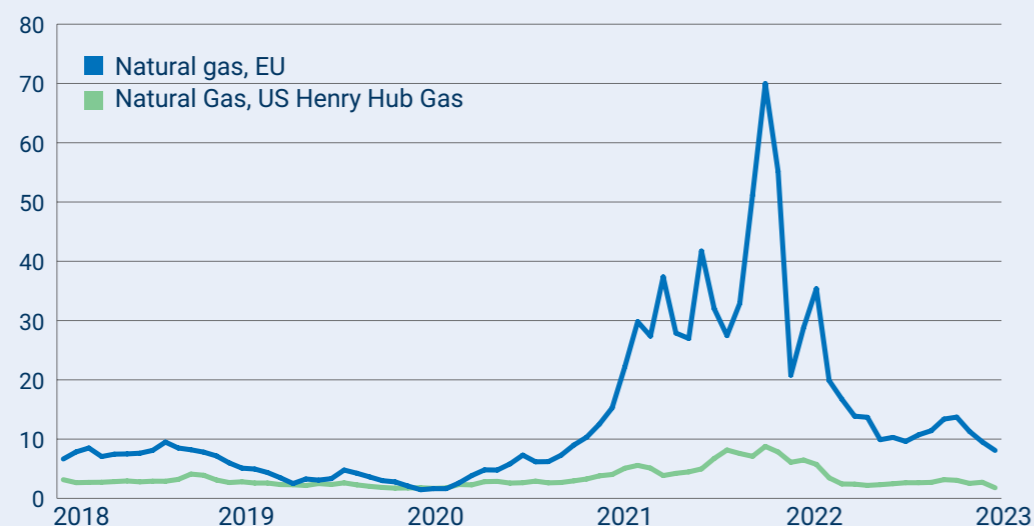
Insgesamt aber muss man festhalten, dass dieses Zinsniveau in Kombination mit der anhaltend hohen Inflation mittelfristig dem Wirtschaftsstandort Österreich schaden kann. Auch der Fachkräftemangel bremst Unternehmen aus. Hier braucht es Investitionen in Bildung und klug gesteuerte Migration“, beschreibt Wienerberger-CEO Heimo Scheuch die Situation.

### Wettbewerbs-Schwächen

Die Herausforderungen, vor denen die Unternehmen stehen, seien in erster Linie durch externe Faktoren bestimmt, meint der Ökonom. „Europa ist ganz generell durch Krieg, Inflation und geldpolitische Gegensteuerung, restriktive Geldpolitik, besonders stark betroffen“. Die größten Schwierigkeiten habe auch aus seiner Sicht die Abkopplung von russischen Energierohstoffen verursacht. „Wir mussten billige russische Ware durch etwas teurere Weltware ersetzen. Das hat dazu geführt, dass die Gaspreise noch immer deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen und wir nie wieder zu den niedrigeren Kosten für Erdgas zurückkehren können. Das bringt vor allem für die energieintensiven Branchen Schwierigkeiten“, sagt Deutsch. In diesem „Riesen-Berg an Kosten“ sieht der Experte den unmittelbarsten Auslöser für die aktuellen Debatten rund um Wettbewerbsfähigkeit und Produktionsverlagerung.

Zu diesen kostenseitigen Schwierigkeiten kommt die derzeit ausgeprägt schwache Konjunktur in China, die die Wirtschaftsaktivität in ganz Asien dämpft. „Das führt dazu, dass Impulse, die die Wirtschaft in Europa in den letzten 20 Jahren aus dem hohen Wachstum in Asien hatte, im Moment nicht zustande kommen“, sagt Deutsch. Das Problem ist aber gar nicht so sehr China als Abnehmer europäischer Produkte – der Anteil Chinas an den Exporten der EU liegt bei 10,3 Prozent – sondern vielmehr die chinesische Politik der Importsubstitution, die chinesischen Produzenten Vorteile im internationalen Wettbewerb gebracht hat. „Die Exportaussichten für die europäische Wirtschaft sind dadurch generell schlechter geworden. Am deutlichsten wird das bei E-Autos: Nach 20 Jahren der massiven Förderung im Bereich batterieelektrischer Fahrzeuge in China ist der Verkauf europäischer Modelle vor Ort schwächer geworden“, erklärt der Ökonom.

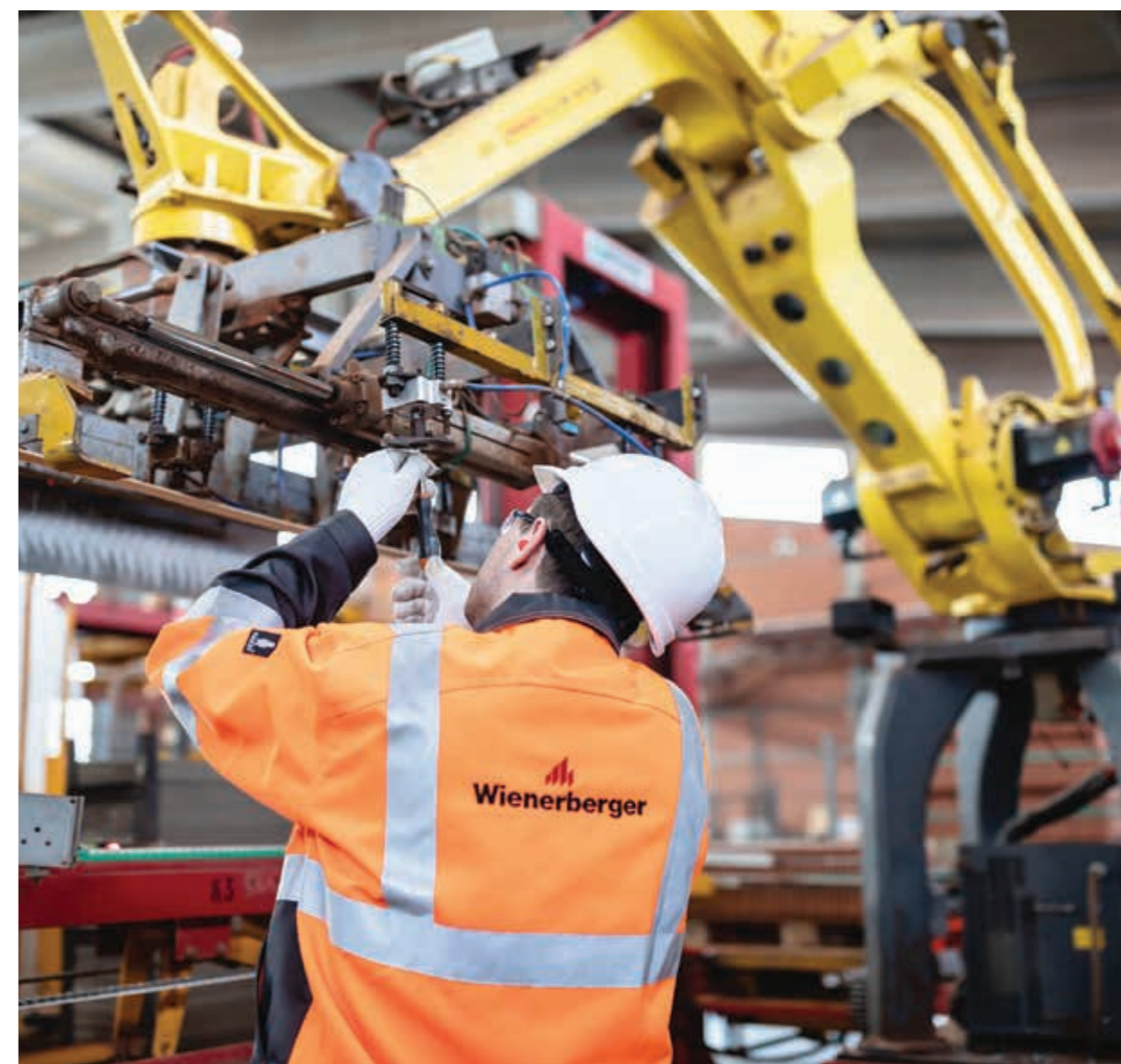
Gaspreis-Entwicklung in Europa und in den USA  
USD/MMBtu



Entgegen ihrem Ruf habe die EU-Kommission aber in den vergangenen Jahren wirtschaftspolitisch keinen schlechten Job gemacht. Deutsch: „Im Großen und Ganzen hat Europa auf die Folgen der Corona-Pandemie wirtschaftspolitisch stark, konsequent und erfolgreich reagiert“. Während gesundheitspolitisch einige Fragezeichen blieben, hätten Maßnahmen wie das Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU mit einem Volumen von rund 800 Millionen Euro oder das SURE-Programm zur Sicherung von Arbeitsplätzen wirtschaftspolitisch unerwartet starke Signale gesetzt. Auch auf die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs hat die EU nach Ansicht des Ökonomen richtig reagiert. „Auf den Energiepreisschock folgte sehr schnell und konsequent ein Mix aus mitgliedstaatlichen und gesamteuropäischen Maßnahmen. Darüber hinaus ist es gelungen, einen Energieversorgungsengpass infolge der Sanktionspakete

gegen Russland zu verhindern“, resümiert Deutsch.

Mit der unmittelbaren Krisenreaktion der EU ist der Ökonom zufrieden. Wie sieht es mit Strategien für mehr Unabhängigkeit in kritischen Bereichen wie Rohstoffen, bestimmten Pharmazeutika und essenziellen Mikroelektronik-Bauteilen aus? Trotz Krisenmodus sei es auch hier gelungen, wesentliche Rahmenregelungen zu schaffen – dazu zählt Deutsch etwa den Critical Raw Materials Act, den Chips Act und den Net Zero Industry Act. „Diese Gesetzesvorhaben haben eigentlich auch eine breite Unterstützung der europäischen Industrie ausgelöst“, sagt Deutsch. Dann kommt allerdings ein großes Aber. In der auslaufenden Legislaturperiode hat die EU-Kommission Regulierungsvorhaben auf den Weg gebracht und zu einem großen Teil auch schon abgeschlossen, die erheblichen Belastungen mit sich bringen.



### „Irrer“ bürokratischer Aufwand

Zu den externen Faktoren, die europäische Unternehmen derzeit vor große Herausforderungen stellen, werden nun auch hausgemachte Probleme immer deutlicher sichtbar. „Es geht um eine Reihe von Verordnungen, deren Ziele unstrittig sind. Unternehmen in Europa setzen diese Dinge allerdings ohnehin schon weitgehend um. Der Gesetzgeber war aber anscheinend der Ansicht, dass das umfassend bürokratisch dokumentiert und berichtet werden muss“, sagt Deutsch. Beispiele dafür gibt es viele. Mit der Corporate Sustainability Reporting Directive wurde beispielsweise die Verpflichtung zu Nachhaltigkeitsberichten stark ausgeweitet. Die Taxonomieverordnung der EU hat das Ziel, Kapitalströme

in ökologisch nachhaltige Tätigkeiten zu lenken. „Die Taxonomie ist im Grunde gescheitert und das Ziel, dem Kapitalmarkt sinnvolle Informationen bereitzustellen, so nicht eingetroffen“, urteilt Deutsch. „Wir haben gleich mehrere unterschiedliche Klimareportings, die gesetzlich verpflichtend sind. Das ist inkongruent und ein irrer Aufwand“. Zwischen 2019 und 2023 hat der europäische Gesetzgeber Unternehmen insgesamt 850 neue Verpflichtungen auferlegt, was mehr als 5.000 Seiten an Rechtsvorschriften entspricht. Jener Drang, umfangreiche Regeln zu setzen, an die sich idealerweise die ganze Welt halten soll, hat bereits einen eigenen Namen: „Brussels Effect“.

### 3 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER EU

1. Energiepreise
2. Fachkräftemangel
3. Bürokratie

Den Höhepunkt dieser Bürokratieorgie bildet die Lieferkettenrichtlinie, die trotz breitem Widerstand in vielen EU-Ländern und obwohl sie mehrfach bereits als abgewendet gegolten hatte, nun doch noch die erforderliche Mehrheit von 15 Mitgliedsstaaten gefunden hat, die für 65 Prozent der EU-Bevölkerung stehen. Das Ziel dieser umstrittenen Richtlinie hat auch in der Wirtschaft breite Unterstützung: Es geht darum, dass Lieferanten Menschenrechte und gewisse Umweltstandards wahren. Unternehmen in Europa kontrollieren das bereits so gut sie können. Mit der neuen Richtlinie werden nicht nur sehr große, sondern auch mittelständische Unternehmen dazu gezwungen, die Verantwortung für die gesamte Wertschöpfungskette ihrer Endprodukte zu übernehmen. Ein Beispiel: Ein Unternehmen bietet rund 1000 Produkte an, die bestehen aus rund 700.000 Komponenten unterschiedlichster Lieferanten, die wiederum rund 11 Millionen Materialien und Rohstoffe von Anbietern aus der ganzen Welt verarbeitet haben. Für dieses gesamte Netzwerk zahlreicher Lieferanten in vielen Ländern muss das Unternehmen schriftlich nachweisen, dass europäische Standards eingehalten wurden.

Foto: Uwe Strasser / Wienerberger AG

*Fronius-CEO Engelbrecht Müller-Strauß sieht die wachsende Bürokratie als spürbaren Kostennachteil: „Die Belastungen für Unternehmen in Europa steigen – speziell auch in Österreich. Einerseits durch die hohen Abgaben, andererseits auch durch die überbordende Bürokratie und die Auflagen, die von der EU kommen. Beispiele dafür sind die EU-Taxonomie und das Lieferkettengesetz. Wir müssen als Unternehmen in Personalressourcen investieren, um die Dokumentationen, die mit diesen Auflagen verbunden sind, zu erfüllen. Diese Zusatzkosten haben Unternehmen aus anderen Regionen nicht. Im Gegenteil, in den USA oder Asien wird zB. die Solarindustrie sogar noch hinsichtlich ihrer Produktionskosten durch Subventionen unterstützt. Das führt dazu, dass wir als produzierende europäische Unternehmen eher Belastungen erfahren, während Unternehmen aus anderen Regionen Unterstützungen bekommen“.*

„Die EU hat in den letzten fünf Jahren ein paar Großkrisen gemeistert und das eigentlich ganz gut hinbekommen. Sie hat aber parallel im Bereich der Umweltauflagen, der Berichtspflichten, der Dokumentationspflichten weit übers Ziel hinaus geschossen“, fasst Deutsch zusammen. Der EU ist das Problem durchaus bewusst – Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat mittlerweile das Ziel ausgerufen, die Bürokratie um 25 Prozent zurückfahren zu wollen. Die konkrete Einstellung von Richtlinien, die bereits in Kraft sind, stellt sich der Ökonom allerdings schwierig vor: „Das wird ein politischer Kraftakt in der nächsten Legislaturperiode“.

### Regulierung kann auch Rechtssicherheit bieten

Was man im Krisenmodus leicht übersehen kann: Am Wirtschaftsstandort Europa läuft auch Vieles gut. Selbst die Regulierungswut hat mitunter positive Effekte. Im Februar kündigte der amerikanische Tech-Riese Microsoft an, 3,3 Milliarden Euro in den Standort in Deutschland investieren zu wollen. In einer Zeit, in der von Standortchwäche und Verschiebung von Investitionen gesprochen wird. „Das hat natürlich für einige Verwunderungen gesorgt. Damit hat jetzt eigentlich keiner so gerechnet“, sagt auch Deutsch und erklärt sich den milliardenschweren Schritt mit der Rechtssicherheit, die der AI Act der EU bietet. Mit dem Geld will Microsoft seine Projekte in Künstlicher Intelligenz in Europa ausbauen. Gerade im

Foto: Fronius International GmbH

Hochtechnologiebereich gibt es in Europa derzeit durchaus bemerkenswerte Direktinvestitionen – etwa auch bei Halbleitern oder E-Mobilität. Investiert wird aber auch im großen Stil in erneuerbare Energie. „Das Problem ist nur, dass derzeit noch niemand abschätzen kann, wie viele neue Projekte auf der einen Seite entstehen und wie viel durch strukturelle Schwierigkeiten etwa bei den Energiepreisen verloren geht – was bleibt unter dem Strich übrig?“, meint Deutsch. Jedenfalls müsse der Wandel schneller möglich sein, sagt der Ökonom in Hinblick auf schleppende Planungs- und Genehmigungsverfahren in zahlreichen EU-Ländern. Ein Beispiel: Wird in Deutschland ein Windrad von einer Produktionsstätte an die Nordsee transportiert, ist dafür ein Schwerlastfahrzeug mit Überbreite notwendig. Dafür genügt nicht eine Genehmigung, es ist für jeden unterschiedlichen Straßenabschnitt eine eigene notwendig – fünf bis zehn Genehmigungen für eine Fahrt.





Wienerberger-CEO Scheuch zu den Standortstärken Europas: „Das wichtigste Kapital Europas sind die Menschen. Die EU verfügt über eine Bevölkerung mit einem hohen Grad an Bildung und – trotz Inflation – weiterhin relativ hoher Kaufkraft. Darüber hinaus sind wir stark in Forschung und Innovation. Diese Stärken muss die EU bewahren und weiter ausbauen. Ein entscheidender Faktor ist natürlich auch der Binnenmarkt, in dem sich Güter und Menschen frei dorthin bewegen können, wo sie am meisten gebraucht werden. Das erfordert natürlich eine gewisse Einheitlichkeit bei Regularien und Produktkriterien, sichergestellt durch die Europäische Kommission. Doch dabei dürfen Unternehmen nicht übermäßig mit Bürokratie belastet werden. Gerade jetzt, in einem global herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld, braucht es eine Pause der Überregulierung.“

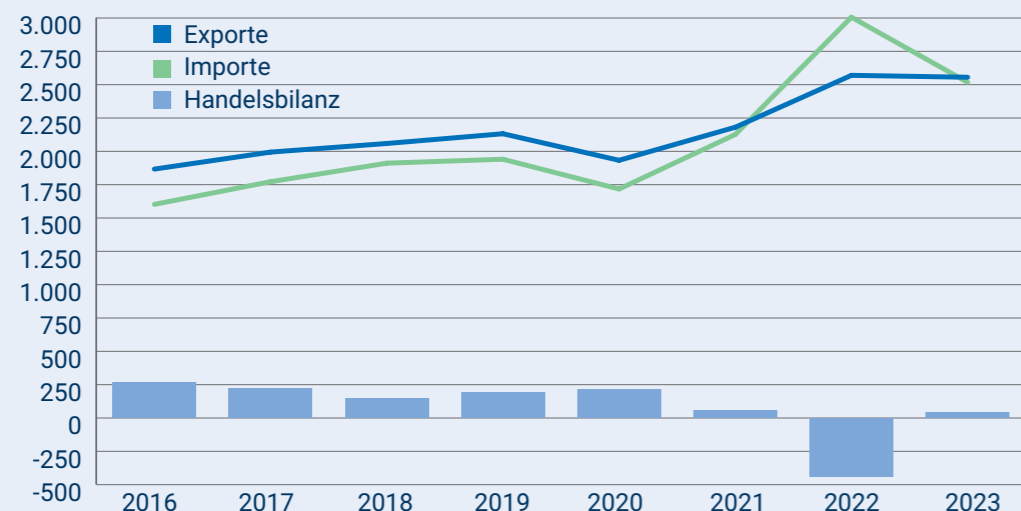
### Digitalisierung der Industrie

Doch zurück zu den Stärken. Neben dem großen Binnenmarkt, der vor allem für die Industrie sehr gut funktioniert, nennt Deutsch gleich an zweiter Stelle ein Stärkefeld, das auf den ersten Blick vielleicht überraschen mag: digitale Technologien. Wenn wir googeln, whatsappen oder snapchatten sind ebenso in den USA entwickelte Anwendungen im Einsatz, wie bei der mittlerweile fast selbstverständlich

gewordenen Nutzung von ChatGPT, der bekanntesten Anwendung von künstlicher Intelligenz. Dieses Rennen meint der Ökonom aber gar nicht – das sieht auch er so gut wie verloren: „Wir werden sicherlich im Bereich der Technologie nicht mehr 20 Jahre Fehlentwicklung bei den Konsumentenplattformen korrigieren können, aber in den vielen Feldern der industriellen Anwendung von künstlicher Intelligenz, Quantentechnologien und anderen neuen digitalen Technologien haben wir sehr gute Chancen, sehr gute Forschungseinrichtungen und viele Unternehmen, die dort wettbewerbsfähig sind“, sagt Deutsch. Die großen Technologiekonzerne aus den USA wären zwar von der Finanzkraft ausgehend besser aufgestellt, es zeige sich aber, dass sie kein großes Interesse haben, ihre Geschäftsfelder zu stark auszuweiten und daher noch nicht so stark in unmittelbar industriellen Anwendungsfeldern aktiv sind, erklärt der Ökonom.

In Energieeffizienz und industrieller Anwendung digitaler Technologien sieht er Europa auch in Zukunftspunkten. Den Wirtschaftsstandort Europa will er nicht schlecht reden, im Gegenteil: „Man muss aufpassen, dass man die Dinge nicht aus der Perspektive verliert. Die Europäische Union hat immer noch einen Leistungsbilanzüberschuss, trotz all dieser Schwierigkeiten. Es ist ja nicht so, dass wir aufgrund

### Importe und Exporte sowie Handelsbilanz der EU mit Drittstaaten in Milliarden Euro



Gratik: Eurostat



unserer fehlenden Exportwettbewerbsfähigkeit einen Boom von Importen auslösen würden und nur noch aus dem Rest der Welt Teslas und Computer kaufen. Sondern tatsächlich ist es so, dass die gesamte europäische Wirtschaft auf dem Weltmarkt in unterschiedlichen Segmenten nach wie vor sehr erfolgreich ist. Zuletzt hat sich diese temporäre Reduzierung der Überschüsse durch extrem teure Energieimporte wieder normalisiert. Wir bewegen uns wieder auf eine Welt zu, in der Europa eine Wirtschaftsregion mit sehr hohen Ersparnissen und Kapitalexpert und einem Handelsbilanzüberschuss ist“.

### 3 GROSSE STANDORTSTÄRKEN DER EU

1. Großer Binnenmarkt
2. Forschung & Entwicklung
3. Gute Krisenbewältigung

Foto: Fronius International AG

Europäische Industriebetriebe stehen hinter den Klimazielen der EU, wünschen sich aber eine bessere Verschränkung von Klima- und Industriepolitik. Wienerberger-CEO Heimo Scheuch: „Ein positives Beispiel für eine zukunftsgerichtete europäische Initiative ist der European Green Deal, mit dem Ziel der Klimaneutralität 2050. Zu diesem Ziel bekennen wir uns als Wienerberger. Nachhaltiges Wirtschaften ist entscheidend, um kommenden Generationen höchste Lebensqualität zu ermöglichen – und das ist nicht zuletzt ein klarer Standortvorteil. Wir brauchen aber zusätzlich einen neuen EU Industrial Deal, der den EU Green Deal unterstützt und ergänzt und dadurch den EU-Binnenmarkt stärkt“.

Fronius-CEO Engelbrecht Müller-Strauß ergänzt: „Wir müssen es schaffen, bestehende Förderungen intelligenter zu gestalten. Wir unterstützen die ambitionierten PV-Ausbauziele, aber es muss gelingen die Absatzförderung auch an europäische Wertschöpfung zu koppeln und so eine integrierte Industrie- und Klimapolitik zu betreiben“.

## Interview

# „Europa hat sich in Krisen am stärksten weiterentwickelt“

*Kaum jemand setzt sich beruflich so intensiv mit der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union auseinander wie Markus Beyrer. Er ist Generaldirektor von BusinessEurope, dem Dachverband der Interessensvertretungen der Industrie in EU-Ländern, und spricht im Interview über konkrete Schritte, die Europa als Wirtschaftsraum stärken.*

**Die EU wurde vor 30 Jahren als Friedensprojekt gegründet. Taugt sie am Weltparkett auch als Wirtschaftsmacht?**

**Markus Beyrer:** Es steht außer Frage, dass die EU als Friedensprojekt eine Erfolgsgeschichte ist und etwa durch die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes entscheidend zum wirtschaftlichen Aufstieg Europas beigetragen hat. Betrachtet man jedoch den derzeitigen Zustand der EU-Wirtschaft, wird deutlich, dass sie im internationalen Vergleich deutlich schwächer wächst. Das EU-BIP hat in den letzten Jahren im Vergleich zu dem der USA kontinuierlich an Boden verloren. Im Jahr 2008 war die Wirtschaft der EU noch 4,5 Prozent größer als die der USA. Im Jahr 2022 war sie bereits um 5,3 Prozent zurückgefallen. Diese Entwicklung muss dringend adressiert werden, wenn wir auch in Zukunft eine zentrale Rolle im globalen Wettbewerb spielen wollen.

**Gemeinsamer Gaseinkauf, Binnenmarkt, Sanktionen, Wettlauf der Subventionen: Warum fällt es Europa in so vielen Fragen so schwer, geeint aufzutreten, obwohl es vielleicht spielentscheidend wäre?**

Ich denke, das liegt vor allem daran,

dass Europa trotz der in vielen Bereichen weit fortgeschrittenen Integration, ein Staatenverbund ist, in dem die teils unterschiedlichen Interessen von 27 Mitgliedstaaten berücksichtigt werden müssen und, anders als beispielsweise die USA oder China, kein Staat ist. Das ist auch im Wesentlichen von der europäischen Bevölkerung so gewollt. Die vielen Krisen der letzten Jahre haben jedoch aufgezeigt, dass in einigen zentralen Fragen mehr Integration und mehr Zusammenarbeit notwendig sein werden, um zu reüssieren. Andererseits war es häufig so, dass Europa sich in Krisen am stärksten weiterentwickelt hat. Das trifft auch für die letzten Jahre zu, aber was jetzt teilweise fehlt, ist die Erkenntnis, dass die anstehenden Herausforderungen nur mit einer starken Wirtschaft und einer starken industriellen Basis gemeistert werden können und dass gemäß dieser Erkenntnis gehandelt werden muss.

**Ist ein Europa, das mit einer geeinten Stimme auftritt und damit auch mehr Gewicht in der Welt hat eine Herausforderung, die wir bewältigen können oder gibt es dazu Alternativen?**

Ein geeintes Europa, das mit einer starken Stimme spricht, ist die einzige

Chance für uns Europäer überhaupt noch eine entscheidende Rolle in der Welt zu spielen – das halte ich für alternativlos. Der verschiedenen Personen zugeschriebene Satz, dass es nur zwei Arten von europäischen Staaten gibt, nämlich kleine und solche, die noch nicht begriffen haben, dass sie im globalen Kontext klein sind, hat mehr Richtigkeit denn je zuvor. Vieles hat unter Druck relativ gut funktioniert und ich denke man kann sagen, dass Europa in Summe wahrscheinlich besser durch die Covid-Zeit navigiert wurde als andere Kontinente. In anderen Fragen steht uns nationaler Egoismus aber immer noch entscheidend im Weg.

**Was ist Ihre wirtschaftspolitische Bilanz der scheidenden EU-Kommission?**

Durchwachsen. Die 2019 angetretene Kommission hat sich auf den Green Deal und die Bewältigung der multiplen Krisen der letzten fünf Jahre konzentriert, ohne dabei eine echte wirtschafts- und vor allem standortpolitische Strategie zu verfolgen. In letzter Zeit wächst auch in der Europäischen Kommission vielerorts die Erkenntnis, dass Europa hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit,

Standortqualität und Attraktivität für Investitionen zurückgefallen ist. Mit dem Net Zero Industry Act und dem Critical Raw Materials Act wurden erste wichtige Schritte in die richtige Richtung gesetzt. Der unlängst Bazarartig zustande gekommene Kompromiss zur Europäischen Lieferkettenrichtlinie, nährt aber neue Zweifel, ob der Ernst der Lage schon hinreichend erkannt wurde.

**Wofür soll die EU als Wirtschaftsraum in Zukunft stehen?**

Trotz der Notwendigkeit auf gestiegene Sicherheitsinteressen zu reagieren – für Offenheit. Die EU stellt nur sechs Prozent der Weltbevölkerung und 85 Prozent des Wirtschaftswachstums der kommenden Jahre werden außerhalb der EU generiert werden. Die europäischen Unternehmen brauchen daher Diversifikationsmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Export- und auch Importmärkte, denn die grüne und digitale Doppeltransformation wird nur bei hinreichender Verfügbarkeit der dafür notwendigen Rohstoffe bewältigbar sein. Die kürzlich erfolgten Abschlüsse der Freihandelsabkommen mit Chile und Kenia sind ein erster wichtiger Schritt. Gleichzeitig ist es jedoch unverständlich, dass Europa



## ZUR PERSON

Markus J. Beyrer ist seit Ende 2012 der Generaldirektor von BusinessEurope. Davor war er CEO der Österreichischen Industrieholding ÖIAG und Generalsekretär der Industrielassenvereinigung (IV). Beyrer hat einen rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund mit Schwerpunkt auf europäischen Wirtschaftsfragen. Er hatte verschiedene Aufsichtsratspositionen in österreichischen Industrieunternehmen inne.

nicht in der Lage ist, die wirtschaftlichen und strategischen Chancen des Mercosur-Abkommens noch in dieser institutionellen Periode zu ergreifen.

**Welche konkreten Schritte wünschen Sie sich dafür in den kommenden Jahren von der nächsten Kommission?**

Klar ist, dass sich vieles ändern muss und, dass mehr faktenbasiertes Handeln und weniger vorgefasste Glaubenslehren gefragt sind. Europa wird nur mit einer starken Wirtschaft weiterhin eine Rolle in der Welt spielen und den Wohlstand seiner Bevölkerung halten können. Dazu ist es dringend notwendig, die stark gestiegene Differenz der Energiekosten im Vergleich zu unseren wesentlichen globalen Wettbewerbern zu reduzieren, die explosionsartig gestiegenen bürokratischen Belastungen, die europäischen Unternehmen die Luft zum Atmen nehmen, entscheidend zu verringern und die Genehmigungsverfahren für industrielle Anlagen, aber auch Infrastrukturprojekte deutlich zu beschleunigen. Und der Green Deal muss dringend um einen ambitionierten Industrial Deal ergänzt werden, um ihn zu dem Wachstumsprogramm zu machen, der er in der derzeitigen Form nicht ist.

# AUSTRINIANS IN BRUSSELS

Das Europaviertel in Brüssel ist die Schaltzentrale der Europäischen Union. Im Europäischen Parlament ist Österreich derzeit mit 19 der insgesamt 705 Abgeordneten vertreten – sie wurden bei der EU-Wahl 2019 gewählt. Österreicherinnen und Österreicher machen sich aber auch in anderen Institutionen der EU in Brüssel stark – unsere „Österreich in Brüssel“-Karte gibt einen Überblick.



**Oliver Röpke**  
Präsident EWSA

**Europäische Kommission**

**Markus Beyrer**  
Präsident BusinessEurope

**BusinessEurope**

**Philipp Schulmeister**  
Direktor für Kampagnen

**Klaus Baier**  
Direktor Koordinierung der  
Gesetzgebung und der Ausschüsse

**Wolfgang Hiller**  
Direktor Folgenabschätzung und  
europäischer Mehrwert

**Harald Kandolf**  
Direktor Interne Organisation  
(Personal, Finanzen, IT)

**Monika Strasser**  
Direktorin Budgetangelegenheiten

**Wirtschafts- u.  
Sozialausschuss**

**Österreichische Botschaft**

**Ständige Vertretung bei  
der Europäischen Union**

**Jürgen Meindl**  
Botschafter für das Königreich Belgien  
und Vertreter Österreichs bei der NATO

**Thomas Oberreiter**  
Ständiger Vertreter Österreichs  
bei der Europäischen Union

**Franz Wirtenberger**  
stellvertretender Ständiger  
Vertreter Österreichs bei der  
Europäischen Union

**Rat der Europäischen Union**

**General Robert Brieger**  
Vorsitzender des  
Militärausschusses  
der Europäischen Union

**Nicole Bayer**  
Direktorin  
Kommunikation

**Andrä Rupprechter**  
Direktor LIFE.1  
(Landwirtschaft)

**Johannes Hahn**  
Kommissar

**Michael Karnitschnig**  
Direktor, SG

**Elisabeth Werner**  
Stv. Generalsekretärin, SG

**Martin Lukas**  
Direktor, DG Trade

**Wolfgang Burtscher**  
Generaldirektor,  
DG AGRI

**Bernhard Schima**  
Direktor,  
Juristischer Dienst

**Hubert Gams**  
Stv. Generaldirektor,  
DG GROW

**Karl Soukup**  
Direktor, DG COMP

**Johannes Luchner**  
Stv. Generaldirektor,  
DG HOME

**Klaus Wiedner**  
Direktor, DG FISMA

**Barbara Brandtner**  
Direktorin, DG COMP

**Michael Erhart**  
Direktor, DG BUDG

**Michaela Di Bucci**  
Direktorin, DG RTD

**Richard Kühnel**  
Direktor, DG COMM

**Georg Häusler**  
Direktor DG, EAC

**Michael Wimmer**  
Direktor, SG

**Europaviertel**  
**Luxemburg**

**Helga Berger**  
Europäischer Rechnungshof

**Andreas Kumin**  
Europäischer Gerichtshof,  
EUGH Richter



**Europaviertel  
Brüssel**



# DIE EU-WAHL 2024: „I VOTE“, DENN JEDE STIMME ZÄHLT!

*Vor den richtungsweisenden EU-Wahlen 2024 mobilisieren die Europäische Kommission und die Industriellenvereinigung mit kreativen Initiativen Wählerinnen und Wähler.*

Im Juni 2024 steht die Europäische Union an einem entscheidenden Wendepunkt. Die anstehenden EU-Wahlen sind nicht nur die Gelegenheit für Bürgerinnen und Bürger, sich mit ihrer Stimme einzubringen, sondern auch ein kritischer Moment, der die Zukunft Europas maßgeblich beeinflussen wird. Die Wahlen fallen in eine Zeit, in der Europa mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert ist, von geopolitischen Spannungen bis hin zu klimatischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Um möglichst viele Menschen zu den Wahlurnen zu bringen, setzt die Europäische Kommission auch auf kreative Ideen. Mit bekannten Persönlichkeiten aus Sport und Kultur sollen insbesondere junge Wählerinnen und Wähler erreicht und mobilisiert werden. Die Idee solcher „EU-Influencer“ erweitert die Industriellenvereinigung

(IV) auf Rolemodels aus der Industrie, auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Führungskräfte und Lehrlinge, die ihre Stimme für die Zukunft Europas nutzen.

## „I Vote“ – Vorbilder aus der Industrie

Unter dem Motto „I Vote“ spiegelt die Initiative das Engagement der Industrie wider, die demokratische Teilnahme zu stärken und das Bewusstsein für die entscheidende Rolle zu schärfen, die die EU-Politik im Alltag und in der Wirtschaft spielt. „I Vote“ stellt Persönlichkeiten ins Zentrum, die tagtäglich mit ihrem Einsatz Arbeitsplätze schaffen, die Zukunft gestalten und die Grundlage für unser stabiles Sozialsystem erwirtschaften. Durch die Einbindung von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, will die IV die

Wichtigkeit der EU-Wahlen unterstreichen und so zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen.

Die „I Vote“-Aktion nutzt eine direkte und authentische Kommunikationsstrategie: Statt auf generische Werbemittel zu setzen, präsentiert die Kampagne echte Menschen aus der Industrie. Nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Präsident und Generalsekretär der Industriellenvereinigung stehen für die Sujets vor der Kamera. Auch CEOs, Beschäftigte und Lehrlinge aus vielen der insgesamt 5.000 Mitgliedsunternehmen der IV machen mit und setzen mit persönlichen „I Vote“-Bildern ein Zeichen für Demokratie und europäischen Zusammenhalt.

Zusätzlich zu den personalisierten Sujets, setzt die IV auch auf digitale Medien und soziale Netzwerke, um

ein breites Publikum zu erreichen und insbesondere jene zu motivieren, die möglicherweise zögern, an den Wahlen teilzunehmen. Die Kampagne betont die Vorteile einer starken und geeinten Europäischen Union und lädt die Menschen ein, aktiver Teil davon zu sein.

## Mobilisierung für Europas Zukunft

Die Beteiligung an den EU-Wahlen 2024 ist eine Chance, aktiv an der Gestaltung der europäischen Zukunft mitzuwirken. In einer Zeit, in der die Stimme jedes Einzelnen wichtiger denn je ist, zielen Initiativen wie die der Europäischen Kommission und der Industriellenvereinigung darauf ab, ein breites Bewusstsein für die Bedeutung dieser Wahl zu schaffen und die Menschen zu ermutigen, sich für ihre Überzeugungen einzusetzen.

Die Strategie, bekannte Persönlichkeiten aus Sport und Kultur für die Wahlmobilisierung zu gewinnen, und die direkte Ansprache der



Industriellenvereinigung durch die „I Vote“-Initiative zeigen, wie die Wahlbeteiligung auf kreative Art und Weise gesteigert werden kann. Jede Stimme bei der EU-Wahl entscheidet über die Zukunft des unter Druck geratenen Wirtschaftsstandortes mit, der die Basis für Wohlstand, Innovation und soziale Sicherheit ist.

## SO WERDEN SIE TEIL DER „I VOTE“-INITIATIVE:

**Engagement leicht gemacht:** Möchten Sie Teil der „I Vote“-Kampagne werden und ein Zeichen für ein starkes, vereintes Europa setzen? Unternehmen und Einzelpersonen, die sich engagieren möchten, sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen.

**Kontaktieren Sie uns:** Senden Sie eine E-Mail an Maria Schmidt-Iankova, die stellvertretende Bereichsleiterin für Strategie und Kommunikation, unter [maria.schmidt@iv.at](mailto:maria.schmidt@iv.at), um Ihre Teilnahme zu bestätigen.

**Anleitung zur Teilnahme:** Eine detaillierte Schritt-für-Schritt-Anleitung und weitere Informationen zur Kampagne erhalten Sie durch das Scannen des untenstehenden QR-Codes.



## EUROPAS NEUES SICHERHEITSGEFÜHL

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist in der Europäischen Union ein Katalysator für viele sicherheitsstrategische Fragen. Der Österreicher Robert Brieger ist Vorsitzender des EU-Militärausschusses und analysiert, was es für die Sicherheit Europas braucht.

**M**it Sicherheit hat die Europäische Union lange Zeit vor allem wirtschaftliche Sicherheit gemeint. In einer Welt, in der Europa wirtschaftlich und demografisch an Gewicht verliert, gewinnt die Bewertung wirtschaftliche Abhängigkeiten und der Schutz strategisch wichtiger Technologien, Infrastruktur und Unternehmen an Bedeutung. Der Krieg in Europa hat die Bedrohungslage und den strategischen Umgang damit aber neu definiert. Das „sicherheitspolitische Konzept“ der EU sah 2021, als der EU-Chefdiplomat Josep Borrell den ersten Entwurf präsentierte, Russland noch als Partner. Wenige Monate später war die Welt eine andere. Borrell sieht eine „Rückkehr der Machtpolitik“, auf die Brüssel auch militärisch vorbereitet sein müsse.



Robert Brieger ist der oberste General der EU

”

*Demokratie, wirtschaftliches Wachstum und sozialer Friede können nur bestehen, wenn die äußere Sicherheit gewährleistet ist.*

Für das Wie dieser militärischen Vorbereitung ist auf europäischer Ebene seit Mai 2022 ein Österreicher mitverantwortlich. Robert Brieger ist noch bis 2025 Vorsitzender des EU-Militärausschusses und sieht die äußere Sicherheit als Basis: „Die militärische Dimension wird zunehmend wichtiger. Demokratie, wirtschaftliches Wachstum und sozialer Friede können nur bestehen, wenn die äußere Sicherheit gewährleistet ist. Das ist der äußere Schirm, den wir benötigen, um unsere Werteunion, unsere



### VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN ALLER EU-MITGLIEDSLÄNDER 2022 ZUSAMMEN



**240 Milliarden Euro**  
Verteidigungsausgaben



**58,1 Milliarden Euro**  
Verteidigungsinvestitionen



**1,5 %**  
Verteidigungsausgaben in  
Prozent des BIP

Sozialunion und alle anderen Politikbereiche zu schützen. Ohne Sicherheit funktioniert auch alles andere nicht“, sagt der frühere Generalstabschef Österreichs. In der „Globalen Strategie“ der EU-Außen- und Sicherheitspolitik wurde von Europa noch das Bild einer „Soft Power“ gezeichnet. Jetzt will die Europäische Union zur Militärmacht werden und bekommt unter anderem eine neue Eingreiftruppe, die bis zu 5.000 Soldaten stark sein soll.

#### Keine EU-Armee

Das ist durchaus ein bemerkenswerter Schritt. Seit 2007 unterhält die EU „Battlegroups“ als ständig aktive Kampfverbände mit jeweils 1500 Soldaten. Zum Einsatz kamen sie bisher aber nie. Das soll sich mit dem neuen Konzept der „Rapid Deployment Capacity“ (RDC) ändern – die Truppe soll ab 2025 einsatzbereit sein und im ersten Jahr will Deutschland das Kontingent stellen. Auch Österreich hat angekündigt, sich künftig beteiligen zu wollen. Die Aufgaben der RDC beschreibt Brieger so: „Im Zentrum steht die Reaktionsfähigkeit, wenn es darum geht, Stabilisierungseinsätze, Evakuierungseinsätze, aber auch humanitäre Hilfe oder Friedensdurchsetzung und ähnliche Szenarien außerhalb Europas beherrschen zu können“. Ein großes, gemeinsames Heer sieht der General derzeit nicht: „Ob es eine europäische Armee in irgendeiner ferner Zukunft geben wird, ist meines Erachtens eine Frage des politischen Integrationsprozesses Europas. Wenn Europa zu einem Bundesstaat zusammenwächst, wäre eine eigene Armee dieses Bundesstaates eine logische Konsequenz. Aber davon sind wir weit entfernt“. Das Militärbündnis NATO werde für die Verteidigung Europas auf absehbare Zeit der „relevante Organisationsrahmen“ bleiben. 23 EU-Länder sind NATO-Mitglieder – es gehe auch darum, die „europäische Komponente“ in diesem Bündnis zu stärken.

Dennoch geht es auch für die EU um mehr als schnelle „Battle Groups“, analysiert der Militärstrategie: „Die Europäische Union hat zusammengenommen mehr als eine Million Soldaten und in Summe das drittgrößte Verteidigungsbudget weltweit nach den Vereinigten Staaten und China. Es geht eben darum, diese Dinge auch entsprechend zur Wirkung zu bringen. Das ist die große Herausforderung“. Dafür brauche es nicht nur mehr Mittel. Ganz oben auf der Liste von Brieger steht eine Beschleunigung von Entscheidungsprozessen – das Einstimmigkeitsverfahren würde er gerne zur Diskussion stellen. Die „Zusammenarbeitsfähigkeit“ müsse im Zentrum strategischer Überlegungen stehen: „Gemeinsame Verfahren, gemeinsame taktisch-operative Grundsätze und möglichst ein einheitliches Rüstungsmaterial“.

#### Rüstungsinvestitionen

Mit dem Europäischen Investitionsprogramm für Verteidigung hat die EU jüngst ein eigenes Programm zur Ankerbelung der europäischen Rüstungsindustrie auf den Weg gebracht. Angedacht sind Mehrwertsteuerbefreiungen, Zuschüsse und Darlehen. Damit soll eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage in der gesamten EU gefördert werden und die Organisation des Marktes auf mehr Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ausgerichtet werden. 1,5 Milliarden Euro sind für dieses Programm im nächsten Siebenjahreshaushalt der EU für den Zeitraum 2028-2035 vorgesehen. Angesichts dessen, dass die Mitgliedsländer 2022 in Summe 240 Milliarden Euro für die Verteidigung ausgegeben haben, scheint das Volumen des Europäischen Investitionsprogramms für Verteidigung niedrig. Das Geld sei aber auch nicht unmittelbar für den Kauf von Waffensystemen gedacht, erklärt Brieger. Es gehe um Anreize für gemeinsame Projekte. „Insgesamt ist die europäische Rüstungsindustrie stark diversifiziert und über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Jetzt ist der große Weckruf fällig. Wir müssen mehr und synergetischer produzieren: weniger Produkte, weniger Typenvielfalt, aber dafür fokussiert auf den Bedarf und größere Stückzahlen und natürlich möglichst

### VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN ÖSTERREICH 2022



**3,4 Milliarden Euro**  
Verteidigungsausgaben



**327,9 Milliarden Euro**  
Verteidigungsinvestitionen



**0,8%**  
Verteidigungsausgaben in  
Prozent des BIP

modern und state of the art“, sagt der Militärspezialist. Das braucht aus seiner Sicht nicht nur Geld, sondern vor allem Zeit: „Wenn das alles funktionieren soll, würde ich sagen, braucht es zehn Jahre“.

Als Brieger sein Amt als Vorsitzender des EU-Militärausschusses in Brüssel antrat, lag der Einmarsch Russlands in der Ukraine gerade einmal drei Monate zurück. Rückblickend bewertet er die Reaktion Europas auf den Angriff durchaus positiv. Die rasche Reaktion sei „bemerkenswert“ gewesen. In Summe seien mittlerweile über 80 Milliarden Euro an Hilfgeldern geflossen, davon 28 Milliarden Euro militärischer Unterstützung, Munitionslieferungen und Ausbildungsmissionen – ergänzt durch 13 Sanktionspakete gegen Russland. Das sei in dieser Schärfe von Russland nicht erwartet worden, so Brieger. Jetzt gehe es darum, die Durchhaltefähigkeit zu erhalten: „Es war ein guter Schritt, dass europäische Mitgliedsstaaten die eigenen Rüstungsgüter in großem Umfang und rasch zur Verfügung gestellt haben. Aber beim Aufsetzen gemeinsamer Initiativen für die Produktion etwa von dringend benötigter Munition gibt es sicher noch Möglichkeiten, die nicht ausgeschöpft wurden. Die Europäische Verteidigungsagentur hat beispielsweise

eine Reihe von Verträgen aufgesetzt, über die sich Mitgliedsstaaten zusammenschließen können, um eine raschere und auch kostengünstigere Munitionsproduktion zu realisieren. Davon haben bisher nur sieben Mitgliedsstaaten Gebrauch gemacht“.

Neben Waffen und Munition sieht Brieger in Europa bei einer wesentlichen sicherheitspolitischen Komponente Nachholbedarf: den Nachrichtendiensten. Während er nicht damit rechnet, dass sich der Krieg auf Länder von EU oder NATO ausweiten könnte – dafür seien die Kräfte Russlands zu sehr gebunden und abgenutzt – hält er die Bedrohung kritischer Infrastruktur für sehr real. Egal ob es um Brücken, Leitungen oder Daten geht – bei solchen Zwischenfällen ist eine Identifizierung der Angreifer meist schwierig. „Es muss eine entsprechende strategische Nachrichtengewinnung auf europäischer Seite stattfinden, um Entwicklungen in diesen Bereichen einstuft und abschätzen zu können“, so der General.

#### Arbeitskräftemangel

Nicht zuletzt muss sich Europa auch im militärischen Bereich dem Arbeitskräftemangel stellen: „Alle Investitionen sind vergeblich, wenn es nicht gelingt, die notwendigen Personalstellen zu schließen. Das österreichische Bundesheer ist hier nicht allein mit seinen Sorgen, sondern ich stelle bei vielen europäischen Streitkräften ähnliche Nachwuchsprobleme fest. Ich kann nur alle politischen Entscheidungsträger ersuchen, hier sowohl finanzielle, als auch arbeitstechnische Anreize zu schaffen, um die notwendigen Männer und Frauen in Uniform auch wirklich zur Verfügung zu haben“.

Für Österreich sieht Brieger kein unmittelbares Angriffsszenario, da das Land von Partnerstaaten und NATO-Mitgliedern umgeben ist. Die neue Sicherheitsstrategie Österreichs, die derzeit in Ausarbeitung ist, müsse eng auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union abgestimmt sein, bei der Österreich als EU-Mitglied mitwirkt. Insgesamt appelliert der General, die Sicherheitsfrage nicht zu unterschätzen, auch wenn sie gerade mit anderen wichtigen Politikbereichen um Aufmerksamkeit ringt – Inflation, Rezession, Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt, zählt Brieger auf. „Das sind wichtige Bereiche, zuerst muss aber die Sicherheit gewährleistet sein. Und wenn wir es zulassen, dass in Europa ein souveräner Staat durch ein autoritäres Regime zerstört wird, dann ist das ein Schwächezeichen, das unsere Handlungsfähigkeit für die absehbare Zukunft deutlich herabsetzen wird. Darum geht es“.

## TECHNOLOGIEFÜHRERSCHAFT FÜR EUROPA UNUMGÄNLICH

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu Forschung und Technologieentwicklung für die Sicherung der Wertschöpfung am Standort Europa.



Isabella Meran-Waldstein ist Bereichsleiterin von Forschung, Technologie und Innovation bei der Industriellenvereinigung

Gastkommentar von ISABELLA MERAN-WALDSTEIN

In Zeiten eines äußerst dynamischen geopolitischen Wettbewerbs und großer Transformationen, muss es für Europa ein klares Ziel sein, auf seine Stärken zu setzen und offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation zu investieren. Neben dem Erhalt der preislichen Konkurrenzfähigkeit muss die EU danach trachten, seine wissenschaftliche Exzellenz, Technologiekompetenz und Technologieführerschaft deutlich auszubauen, um auf den globalen Märkten unumgänglich und damit erfolgreich zu sein.

Als Antwort auf den zunehmenden Wettbewerbsdruck und um die digitale und nachhaltige Transformation mit Technologien aus Europa voranzutreiben, hat die Europäische Union neben dem für die Industrie bedeutenden EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“, strategische Initiativen zur Forcierung von Technologieentwicklung und zur Intensivierung von Investitionen und Produktionskapazitäten gestartet.

Dazu zählen die „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI)

„  
**Für Österreich mit einer hohen Industriequote und einer starken Zulieferindustrie, ist europäische und internationale Vernetzung vielfach entscheidend.**“

zur Stärkung strategischer Wertschöpfungsketten, der „EU Chips Act“ für F&E und Investitionen in der Halbleiterindustrie, der „Net Zero Industry Act“ zur Stärkung der Kapazitäten in Dekarbonisierungstechnologien und der „Critical Raw Materials Act“. Für Österreich mit seiner exportstarken Industrie, ist europäische und internationale Vernetzung entscheidend, um frühzeitig technologische Weichenstellungen mitzugestalten und Kompetenz- und Technologieführerschaft für eine globale Wettbewerbsfähigkeit innezuhaben.

Daher ist es wichtig, Prozesse rund um diese europäischen Initiativen und Programme auch aus Österreich heraus strategisch mitzugestalten. Dazu braucht es eine vorausschauende Entscheidungsfindung und

Mittelausstattungen auf nationaler Ebene. Bedingung dafür sind ein zeitgemäßes Beihilfenrecht sowie unbürokratische Instrumente und die effiziente Koordinierung von Prozessen.

Der erste Diskussionsprozess über die Grundzüge eines nächsten EU-Forschungsrahmenprogramms hat begonnen. Es findet eine Zwischenbewertung von Horizon Europe statt, die Mitgliedsstaaten bilden sich eine gemeinsame Meinung und nächstes Jahr kann der erste Vorschlag der Europäischen Kommission erwartet werden. Österreich zählt zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern in Europa und muss sich daher frühzeitig und konsequent für ein ambitioniertes EU-Forschungsrahmenprogramm iHv. mindestens 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche einsetzen!

Europa kann seine Wettbewerbsfähigkeit nur über eine klare Steigerung der Produktivität halten – und dafür sind Investitionen in Forschungs- und Technologieentwicklung sowie Innovation unerlässlich.

## STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Europa ist auf dem Weg sich selbst aufzugeben. Es ist dringend notwendig, dass wir uns unserer Wurzeln und unseres wirtschaftlichen Erfolges bewusst werden und beginnen, wieder positive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Wir brauchen einen „Reset im Mindset“ und die Vertreibung des Bürokratiemonsters aus Brüssel mit Herz, Hirn und Hausverstand. Europa hat Zukunft. Aber nur wenn wir uns auf unsere alten Tugenden - Innovationskraft und industrielle Wertschöpfung - zurück besinnen.“

Timo Springer, CEO Springer Maschinenfabrik GmbH und Präsident der IV Kärnten

„Die geopolitischen Krisen zeigen, wie sensibel und verletzlich die globale Wirtschaft ist. Die schweren Störungen der Lieferketten haben drastische Auswirkungen auf unsere Industrie, indem Transportpreise nach oben gehen und die Verfügbarkeit von dringend benötigten Waren deutlich eingeschränkt ist. Durch das Erschließen von neuen und zusätzlichen Märkten können Abhängigkeiten reduziert und mehr Resilienz erreicht werden. Entscheidend sind mutiges und agiles Handeln sowie Innovationskraft.“

Erwin Hameseder, Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien



„Im internationalen Wettbewerb können Europas Arbeitsplätze und Wohlstand nur durch deutlich weniger Bürokratie und Überregulierung, dafür mehr Leistungsgedanken und Innovationskraft gesichert werden. Leistungsbereitschaft sowie Unternehmertum müssen steuerlich entlastet werden. Der Wettbewerb der besten Ideen sowie eine langfristig durchdachte Politik führen zu einem chancenreichen, lebenswerten und wirtschaftlich starken Österreich mit attraktiven und sicheren Arbeitsplätzen.“

Ludwig Malina-Altzinger, Geschäftsführer der AS GRUPPE und Vorstand der Jungen Industrie Wien

„Schon 2008 hat die Europäische Kommission in ihrer ‚Vision für die europäische Arzneimittelindustrie‘ festgehalten, dass europäische Patienten vom wissenschaftlichen Fortschritt profitieren und jene Medikamente erhalten sollen, die sie auch benötigen. Dazu braucht es neben der Förderung der pharmazeutischen Forschung auch eine Stärkung des Produktionsstandortes. Denn nur faire Preise und langfristige Planbarkeit helfen Unternehmen, ihre Standorte zu halten oder auszubauen und damit zu einer nachhaltigen Versorgung und einem international gefragten Produktionsstandort beizutragen.“

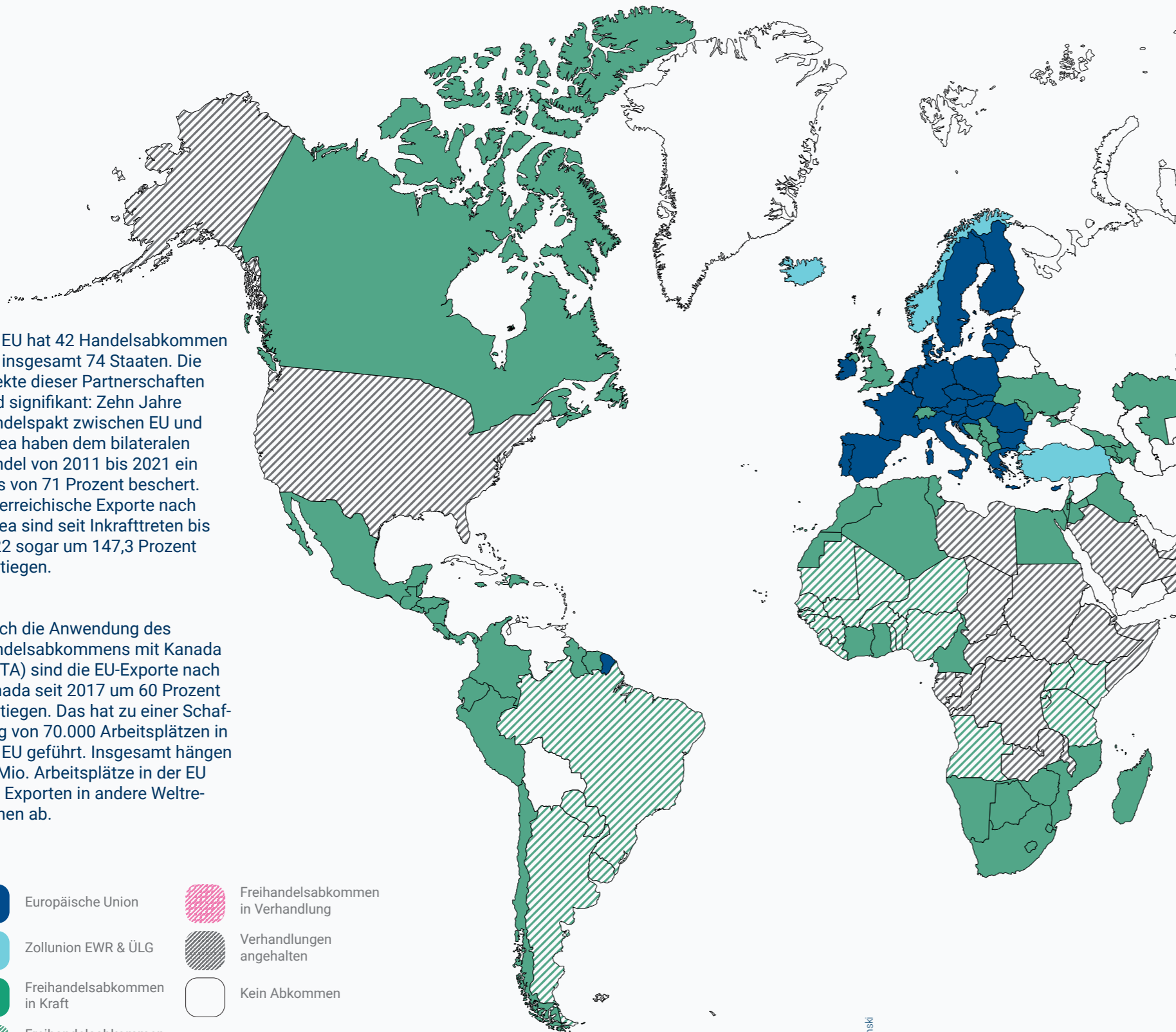
Philipp von Latorff, Chairman of the Supervisory Board Boehringer Ingelheim RCV und Vizepräsident der IV



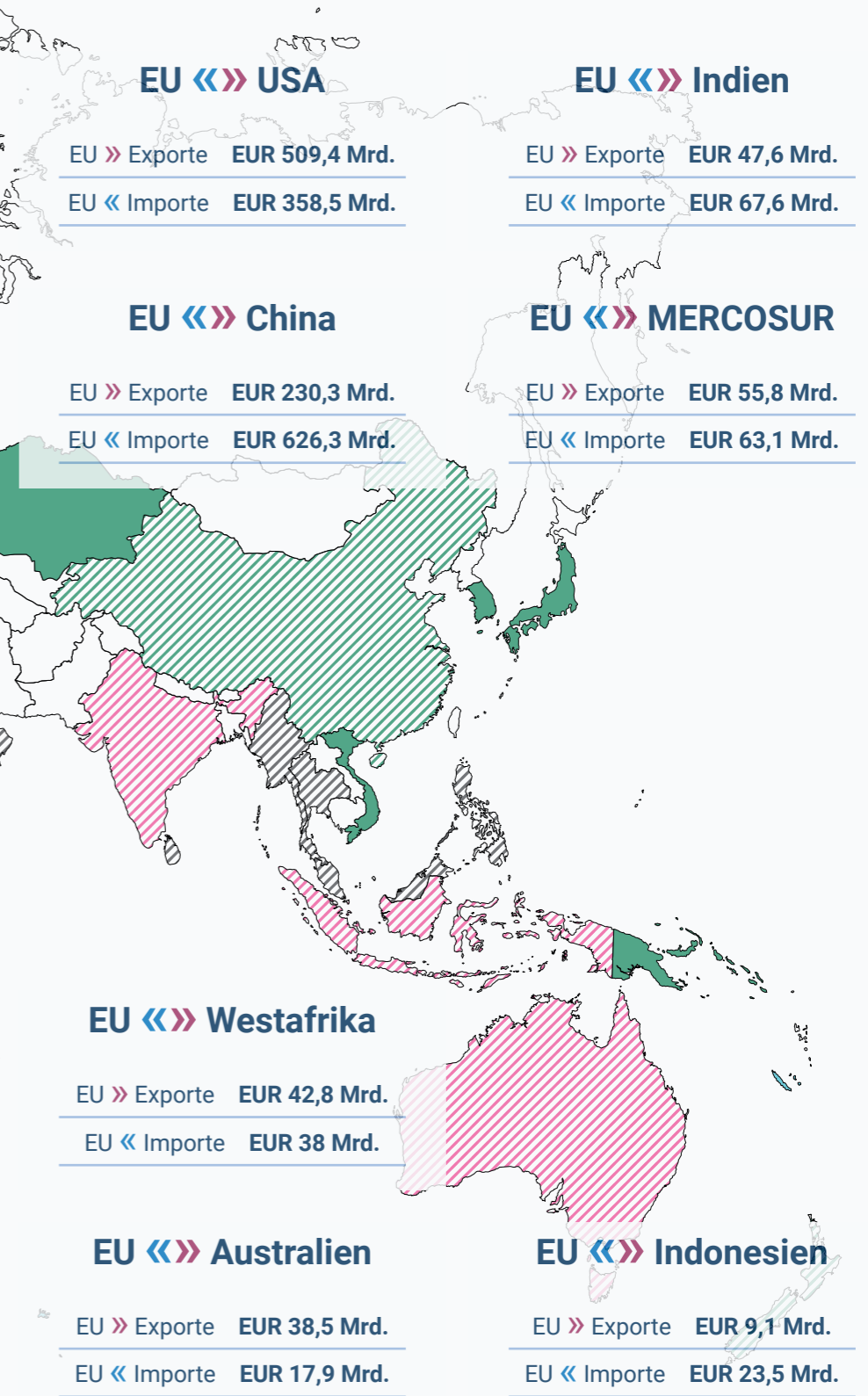
# EUROPA AM PARKETT DES WELTHANDELS

Die EU hat 42 Handelsabkommen mit insgesamt 74 Staaten. Die Effekte dieser Partnerschaften sind signifikant: Zehn Jahre Handelspakt zwischen EU und Korea haben dem bilateralen Handel von 2011 bis 2021 ein Plus von 71 Prozent beschert. Österreichische Exporte nach Korea sind seit Inkrafttreten bis 2022 sogar um 147,3 Prozent gestiegen.

Durch die Anwendung des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) sind die EU-Exporte nach Kanada seit 2017 um 60 Prozent gestiegen. Das hat zu einer Schaffung von 70.000 Arbeitsplätzen in der EU geführt. Insgesamt hängen 38 Mio. Arbeitsplätze in der EU von Exporten in andere Weltregionen ab.



## WARENHANDEL UND INVESTITIONEN DER EU MIT IHREN WICHTIGSTEN HANDELSPARTNERN Warenhandel (2022)







Interview  
*„Wir sollten  
 die EU mehr feiern“*

**Martin Selmayr und Julia Aichhorn:**  
*Ein hochrangiger EU-Beamter und eine  
 junge Unternehmerin im Gespräch über ihre  
 Vision von Europa – ist die EU zu kompliziert,  
 warum ist sie so unbeliebt und lässt sie  
 Unternehmen genug Freiraum?*

*Am 9. Juni wählt Österreich die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Die Prozesse und Abläufe, die dann in Gang gesetzt werden, bis zu fertigen EU-Richtlinien und Gesetzen sind für die meisten Wählerinnen und Wähler wohl schwer zu durchschauen. Ist die EU zu kompliziert geworden?*

**Martin Selmayr:** Wir sind ein demokratischer Kontinent und wir wählen direkt ein gemeinsames Parlament. Das ist eine wichtige Grundübung der Demokratie. Dieses Parlament macht zusammen mit den Mitgliedstaaten europäische Gesetze. Es wird erst dadurch etwas kompliziert, dass wir in Europa kein Zentralstaat, sondern 27 Staaten in einer Union sind. Das ist aber gerade auch das Schöne und Besondere an Europa, dass wir in Vielfalt geeint sind und deshalb stets die unterschiedlichen Situationen und Meinungen in den 27 Staaten berücksichtigen, wenn wir nach gemeinsamen Lösungen suchen. Deshalb wählt Österreich 20 Abgeordnete ins Europäische Parlament, ebenso wie andere Länder ihre Abgeordneten wählen. Trotz aller Vielfalt kommt am Ende ein gemeinsames Europäisches Parlament zustande, direkt gewählt, in einer unmittelbaren Wahl. Wir sind damit der einzige Kontinent der Welt, der demokratische Entscheidungen transnational organisiert. In Brüssel und in Straßburg werden Fragen entschieden, die unser gesamtes Leben und die Zukunft unserer Wirtschaft bestimmen. Deshalb ist eine europäische Wahl genauso wichtig wie eine Nationalratswahl.

*Das europäische Gesetzgebungsverfahren dauert bis zur tatsächlichen Umsetzung mehrere Jahre. Eine künstliche Intelligenz, die gestern auf den Markt gekommen ist, ist vielleicht morgen schon wieder veraltet. Ist die EU-Gesetzgebung zu langsam?*

**Selmayr:** Das wäre zu langsam, wenn das noch so wäre. Das ist aber längst nicht mehr der Fall, da Europa gerade bei der Gestaltung des digitalen Raumes die Entscheidungsverfahren auf Hochgeschwindigkeit gebracht hat. Heutzutage beklagen sich einige sogar, dass es in Europa zu schnell geht. Wir sind oft deutlich schneller als im amerikanischen Kongress, der ja zunehmend durch die wechselseitige Unversöhnlichkeit von Republikanern und Demokraten gelähmt ist. In der Europäischen Union werden heute gerade im Digitalbereich Gesetze binnen ein bis zwei Jahren verabschiedet, und wir beschließen heutzutage dabei stets EU-Verordnungen, die sofort gelten. Gesetze müssen schnell sein, um auf Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz zu reagieren oder um sie zu antizipieren. Wichtig ist, dass wir dabei nicht Detailregulierung, sondern Rahmengesetze schaffen, die Freiraum lassen, damit sich technologische Innovationen und Unternehmertum entfalten können.

*Frau Aichhorn, wie geht es Ihnen damit? Gibt Ihnen die EU genug Freiraum als Unternehmerin?*

**Julia Aichhorn:** Grundsätzlich ja, weil wir weitestgehend frei denken

können und das ist wesentlich, um innovativ zu sein. Die Innovationskraft ist im europäischen Raum sicher eine der höchsten, wenn nicht sogar die höchste weltweit. Wir müssen aber aufpassen, dass es nicht zu viele Regularien werden. Bei 27 Staaten ist das nicht so einfach – EU-Gesetzgebung sollte nicht anlassbezogen sein.

*Was sind derzeit die größten Herausforderungen und Chancen, vor die Brüssel Sie als Unternehmerin stellt?*

**Aichhorn:** Lieferkettenrichtlinie, NIS 2 und AI Act sind drei großen Regularien, die uns massiv beschäftigen. Wir neigen aber gerade bei Regularien oft dazu, nur das Negative zu sehen. Die großen Handelsabkommen haben einen großen Mehrwert, in Österreich ganz speziell, als kleine, exportorientierte Wirtschaft. Das wird definitiv unterschätzt und viel zu wenig kommuniziert.

*Warum denken Sie, kommen die positiven Seiten so wenig bei den Bürgerinnen und Bürgern an?*

**Selmayr:** Es ist ein allgemeines Phänomen unserer modernen Gesellschaft, dass negative Entwicklungen stärker wahrgenommen werden als positive. Es ist deshalb die Aufgabe von Führungskräften und Multiplikatoren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, gerade von Organisationen wie der IV, immer wieder darauf hinzuweisen, dass vieles auch sehr reibungslos funktioniert. Unser europäischer Binnenmarkt beispielsweise, dieses Jahr ist sein 30-jähriges Jubiläum, ist Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs Europas – und doch sind gar keine Partys veranstaltet worden. In der Corona-Krise haben wir doch gemerkt, dass es gar nicht selbstverständlich ist, dass die Grenzen offen sind, dass wir überall in Europa importieren, exportieren und reisen können – jetzt wieder genauso wie vor Corona. Auch über



”

*Wir sind der offenste Kontinent der Welt. Davon leben wir gut in Europa und deshalb müssen wir aufpassen, dass wir nicht aus kurzfristigen politischen Stimmungslagen heraus langfristige Chancen verspielen.*

Handelsabkommen wird meist nur negativ geredet. Handelsabkommen sind aber wichtig, wenn man, wie die meisten europäischen Länder, etwa die Hälfte unseres Wohlstandes im Export verdient. Wir sind der offenste Kontinent der Welt. Davon leben wir gut in Europa und deshalb müssen wir aufpassen, dass wir nicht aus kurzfristigen politischen Stimmungslagen heraus langfristige Chancen verspielen. Ich weiß, es ist umstritten, aber ein Abkommen wie mit dem südamerikanischen Gemeinsamen Markt Mercosur wären eine solche Chance. Das sind Demokratien, die unsere Werte teilen, die sogar historisch mit uns viel zu tun haben und jetzt unsere engen Partner werden wollen, auch in Fragen des Umwelt- und Datenschutzes. Da sollten wir Europäer beherzt zugreifen.

**Aichhorn:** Handelsabkommen wie mit Mercosur sollten uns auch persönlich wichtig sein. Es geht auch um den Export unserer Werte. Wenn China in Südamerika seine Interessen durchsetzt, darf es nicht überraschen,

wenn es nicht unseren eigenen Vorstellungen entspricht. Wenn wir uns dann aufregen, ist es zu spät – wir hatten ja die Chance, uns einzubringen. Wo ich Ihnen noch zustimmen muss: Wir sollten die EU mehr feiern. Ich kann mich erinnern, 20 Jahre österreichischen EU-Beitritt, den hat man damals gefeiert!

**Selmayr:** 25 Jahre haben wir auch gefeiert. Wir sind sogar mit einem Zug durch ganz Österreich gefahren, auf dem „25 Jahre EU“ stand. Die Feierstunde ist aber leider zu oft auf die Feiern beschränkt und hat nicht die Breitenwirkung, die sie verdient hätte. Wir müssen viel öfter über die Grundlagen reden, die nicht selbstverständlich sind: dass Demokratie funktioniert, dass wir die Möglichkeit haben, unsere Meinung frei zu äußern als Bürgerinnen und Bürger, dass wir täglich gut zusammenarbeiten in Europa. Natürlich streiten wir uns auch mal um den richtigen Weg in Einzelfragen, das gehört zur Demokratie dazu. Vor allem aber: wir tun das heute stets friedlich

und keiner unter den 27 Staaten nimmt mehr die Waffen in die Hand wie das in unserer langen kriegerischen Geschichte viel zu oft der Fall war. Das ist doch die größte Errungenschaft der Europäischen Union.

*Herausforderungen werden generell globaler und sind auf nationalstaatlicher Ebene kaum mehr zu lösen.*

*Ich würde gerne kurz nachfragen.*

*Bei Künstlicher Intelligenz war Europa im Vergleich sehr schnell bei der Regulierung. Wird uns das einen Vorteil verschaffen?*

**Selmayr:** Wir wollen, dass KI-Entwicklung in Europa stattfindet – gerade Österreich ist dabei mit seinen Forschern und Unternehmen einer der dynamischen Vorreiter in Europa. Dazu brauchen wir auch Fairness im Markt, wirksamen Wettbewerb und einen Konsens, dass besonders riskante KI-Systeme, wie sie beispielsweise in China eingesetzt werden, bei uns nicht zum Einsatz kommen. Das sogenannte Social-Scoring, wo in China jeder durch KI danach bewertet wird, was

Foto: IV/Petra Humnig

er zur Gesellschaft beiträgt und was nicht, das wollen wir in Europa nicht. Denn wir respektieren den Menschen als Individuum. Wir brauchen deshalb einen Regulierungsrahmen, der Klarheit macht, was geht und was nicht geht. Im Bereich der Technologie-Gesetzgebung ist Europa absoluter Weltführer und das liegt vor allem daran, dass wir unseren großen Binnenmarkt mit 450 überdurchschnittlich kaufkräftigen Konsumenten haben. Wenn sich Europa auf ein Gesetz einigt und Innovationsführer ist, folgt uns deshalb meist der Rest der Welt, ob bei Datenschutz, KI oder Nachhaltigkeitsfragen. Wir können durchaus mit Selbstbewusstsein in diese Debatten gehen, weil wir in Europa viele erfolgreiche Unternehmen in diesen Bereichen haben.

*Wie wichtig sind solche Rahmenbedingungen für Unternehmen in Europa?*

**Aichhorn:** Natürlich sind uns Rahmenbedingungen lieber, die wir kennen, als solche, die willkürlich gesetzt werden. Unberechenbarkeit ist in Wahrheit das Schlimmste. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass wir nicht über das Ziel hinausschießen und bei Regelwerken wie es bei der DSGVO auch passiert ist – Goldplating betreiben. Aber grundsätzlich sehe ich sehr viele Vorteile. Bei KI haben wir sehr viel Innovation in Europa. Was dann leider oft passiert: Wir entwickeln großartige Basistechnologien und dann haben wir Angst vor unserer eigenen Innovationskraft. Dann gehen wir den nächsten Schritt nicht und andere Weltregionen sind bei Anwendungen führend. In KI liegen aber auch gute Chancen, unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken. Die Realität ist, dass es keinen Ort der Welt gibt, wo es teurer ist zu produzieren als in Europa. Wir können mit KI die Arbeitsbedingungen verbessern, weil repetitive, langweilige Arbeiten immer stärker wegfallen. KI bringt vor allem für klassische „Kopfarbeit“ Veränderungen. Manuelle Arbeit ist davon nicht stark betroffen. Diese Jobs werden wir weiter benötigen. Österreich sehe ich da durch das duale Ausbildungssystem massiv im Vorteil.

Foto: IV/Petra Humnig

*Ein weiteres wichtiges Thema für Europa ist der Klimaschutz – welchen Einfluss hat das auf unsere Wettbewerbsfähigkeit?*

**Selmayr:** Wenn wir es schaffen, in Europa CO2-Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig Wirtschaftswachstum zu haben, dann wird das weltweit Vorbildwirkung haben. Das muss uns deshalb in Europa gelingen. Es gibt die Möglichkeit, Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen. Man kann den Green Deal, richtig gemacht, als Wachstumsstrategie für Europa sehen. In dieser Frage wird sich bei der Europawahl sicherlich auch entscheiden, ob man mehr in die eine oder in die andere Richtung geht. Ich persönlich würde mir wünschen, dass

wir die Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahren stark in den Vordergrund stellen. Denn wir werden es nur schaffen, den Rest der Welt zu mehr Klimaschutz zu bringen, wenn wir zeigen, dass unsere Politik ein wirtschaftliches Erfolgsmodell ist und unser Leben insgesamt besser macht.

*Frau Aichhorn, ist die Kommission beim Klimaschutz mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit auf einem guten Weg?*

**Aichhorn:** Die Idee ist gut, nur die Ausführung nicht optimal. Dass vom Gesetzgeber am Ende des Tages auch die Lösungen vorgegeben werden sollen, halte ich nicht für richtig. Es sollte ein Ziel gesteckt werden und dann der



”

*Was leider oft passiert: Wir entwickeln in Europa großartige Basistechnologien und dann haben wir Angst vor unserer eigenen Innovationskraft.*

unternehmerischen Kraft Freiraum beim Finden innovativer Lösungen gelassen werden.

**Selmayr:** Deshalb ist es so wichtig, mitzubestimmen. Man kann mit dem einen Teil einverstanden sein und mit dem anderen nicht. Darüber entscheidet am Ende nicht eine Bürokratie in Brüssel, sondern die direkt gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament und die demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten. Gerade grenzüberschreitende Themen

wie das Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie, aber auch die Zukunft der Digitalisierung, werden wir erfolgreich nicht national entscheiden können, sondern nur gemeinsam auf europäischer Ebene. Deshalb plädiere ich dafür, zur Europawahl zu gehen. Europa ist nicht irgendeine ferne Macht, sondern das sind wir selbst. Wir alle können mitentscheiden. Eines sollten wir uns aber klarmachen: Europa besteht aus vielen Meinungen und Perspektiven. Es wird deshalb immer wieder Kompromisse geben müssen.

Ich möchte dafür werben, dass wir den Kompromiss als etwas besonders Wertvolles in der Demokratie ansehen. Auf europäischer Ebene ganz besonders. Es wird sich in Europa nicht die eine extreme wirtschaftliche Auffassung oder die andere extreme ökologische Auffassung durchsetzen. Man wird sich auf einen Kompromiss verständigen müssen. Dazu müssen wir von vornherein bereit sein. Denn die Demokratie funktioniert nur in Europa, wenn wir aufeinander zugehen und am Ende bereit sind, uns in der Mitte zu treffen.

Julia Aichhorn ist Geschäftsführerin der familiengeführten Aichhorn Group mit Sitz in Kapfenberg. Das österreichische Unternehmen mit einem Exportanteil von bis zu 99 Prozent produziert Industrieanlagen und Komponenten für thermische Trennverfahren. Als Unternehmerin setzt sich Aichhorn besonders für die Förderung junger Talente ein und ist Bundesvorsitzende der Jungen Industrie (JI).



Martin Selmayr ist seit 20 Jahren Beamter der Europäischen Kommission. Er war unter Kommissionspräsident José Manuel Barroso Kabinettschef für Justiz und Datenschutz, unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dessen Kabinettschef und Generalsekretär der Kommission und unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bis Januar 2024 Botschafter der Europäischen Kommission in Österreich. Derzeit ist er Gastprofessor für Europarecht am Institut für Innovation und Digitalisierung im Recht der Universität Wien. In diesem Gespräch gibt er ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

## STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Als Unternehmensgruppe mit Fokus auf Softwareentwicklung & Digitale Geschäftsmodelle spüren wir trotz der allgemein schwachen Konjunktur eine starke Nachfrage nach Software und sehen viele Opportunities am Markt. Obwohl die erste Welle der Digitalisierung (Automatisierung & Effizienzsteigerung) noch nicht abgeschlossen ist, entwickeln wir bereits an zahlreichen Lösungen für die zweite Welle der Digitalisierung (selbstständige Produktivitätsgewinne durch Künstliche Intelligenz). Wir sind davon überzeugt, dass Österreich der richtige Standort für Innovation, Wachstum & Export ist.“

**Maximilian Nimmervoll, Gründer der TEDDY Gruppe**

„Meine Vision für Europa ist ein starker und innovativer Industriestandort, der global konkurrenzfähig ist. Österreich hat eine solide industrielle Basis und ein ausgeprägtes Sozialsystem. Um dies zu erhalten, müssen wir uns kontinuierlich an neue Entwicklungen anpassen. Dazu gehören Investitionen in Ausbildung, Forschung und Innovation sowie ressourcenschonende Technologien. Eine Überprüfung der Regulierung und die Förderung fairer Handelsbeziehungen sind ebenfalls wichtig. So können wir im internationalen Umfeld erfolgreich sein und zukünftigen Generationen ein wohlhabendes, friedliches und freies Europa hinterlassen.“



**Patricia Neumann, Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich**



„Die OMV stellt in Österreich sowie international zukunftsweisende Weichen für die nächsten Generationen. Sie erfindet essenzielle Grundlagen für ein nachhaltiges Leben neu – Schritt für Schritt und mit großer Verantwortung gegenüber ihren Kund:innen, Mitarbeitenden sowie der Gesellschaft. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Nur diejenigen Unternehmen, die die Nachhaltigkeit als einen Wachstums- und Innovationsmotor verankern, werden diese erfolgreich meistern. Es gilt, den Weg zur Klimaneutralität mit vereinten Kräften und mit neuen Technologien zu beschleunigen. Hierfür steht die OMV.“

**Alfred Stern, CEO der OMV Aktiengesellschaft**

„Der fortschreitende Klimawandel ist DIE Herausforderung unserer Zeit und die Transformation der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit ist ein Jahrhundertprojekt. Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt mit den höchsten Umwelt- und Sozialstandards, das ist unsere Stärke, darauf können wir aufbauen. Damit uns diese Transformation gelingt, müssen wir alle an einem Strang ziehen, Wirtschaft, Banken und Politik und insbesondere müssen wir die Menschen mitnehmen.“



**Franz Gasselsberger, Generaldirektor der Oberbank AG**

# Netzwerke als Wegweiser durch globale Herausforderungen

Mit der wissenschaftlichen Methode der Netzwerkanalyse werden Schlüsselakteure in den Netzwerken Österreichs identifiziert, die über die Grenzen hinaus Strategien für aktuelle Herausforderungen entwickeln.

Krisen, Krieg und die grüne und digitale Doppeltransformation stellen Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich und darüber hinaus vor große Herausforderungen. „Wer sind die entscheidenden Akteure in Österreich, die auf Herausforderungen respondieren und Strategien für deren Behebung entwickeln?“, fragt Harald Katzmaier, Gründer und CEO des FAS Research. Um diese Frage zu beantworten, analysierte der Experte mithilfe der wissenschaftlichen Methode der Netzwerkanalyse die TOP-1000-Unternehmen und -Organisationen aus Politik und Gesellschaft in Österreich. Einzelne Akteure werden darin zu Netzwerkknoten zusammengefasst und die Verflechtung der Stakeholdergruppen durch Personen aufgezeigt. Entscheidend für die Analyse ist die Größe der Knoten, die sich aus den Beziehungen der zehn am besten vernetzten Akteure zusammensetzt. Je größer der Knoten, desto mehr Verantwortung und Bedeutung kommt der jeweiligen Stakeholdergruppe zu, was sie zur einflussreichsten Plattform macht. Als Schlüsselakteure können bestvernetzte Plattformen über Österreichs Grenzen hinaus Strategien entwickeln. Dank der hohen Effizienz der Beziehungen gelingt das ohne großen Aufwand und mit kürzesten Kommunikationswegen.

## IV als Impulsgeber

Katzmaier zufolge existieren fünf strategische Epizentren, die für die Identifizierung von Schlüsselakteuren in Österreich bedeutend sind. Dazu zählen Energie, Rohstoffe, Technologie, Finanzen und die EU-Regulierung. Sie bezeichnet der Experte als

globale strategische Zentren (Centers of Gravity). Nach Betrachtung der fünf wesentlichen Epizentren im Rahmen der Netzwerkanalyse habe sich die Industriellenvereinigung (IV) als Plattform erwiesen, die besonders starke Verbindungen und eine zentrale Rolle in der Bewältigung von globalen Herausforderungen hat. „Ein wesentlicher Vorteil der IV besteht darin, dass sie Beziehungen zu strategischen Epizentren auf globaler Ebene unterhält, was sie zu einem wichtigen Gatekeeper für globale Entwicklungen macht, die Österreich mitbestimmt“, sagt Dominik Futschik, Bereichsleiter Strategie und Kommunikation der Industriellenvereinigung. Die Analyse hebt hervor, dass die Fähigkeit zur Koordination innerhalb der Netzwerke und die operative Fähigkeit, Strategien in politische Meinungsbildung umzusetzen, als entscheidende Stärken der IV angesehen werden.

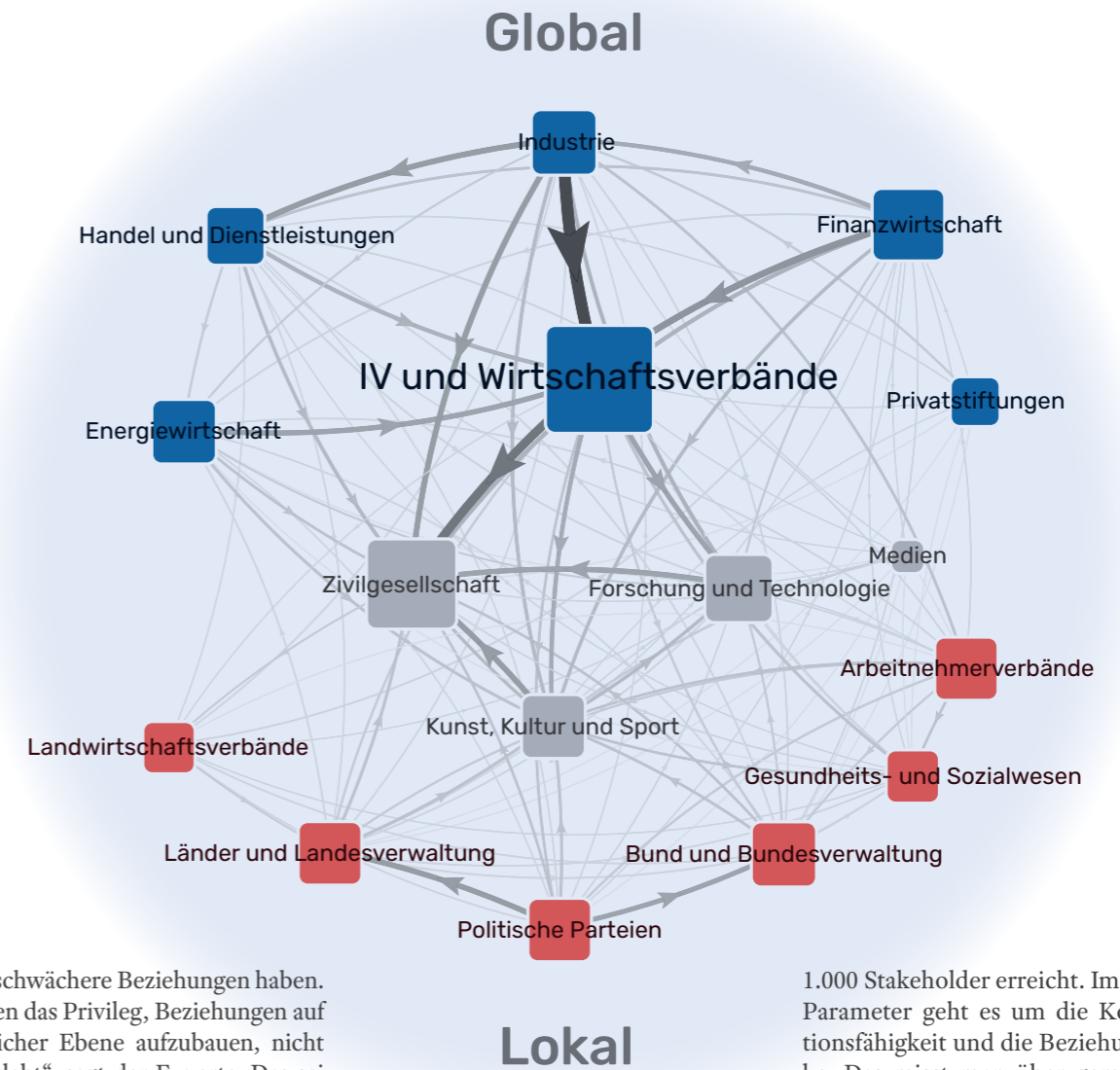
Die IV sei somit sowohl nach innen als auch nach außen gut koordiniert, indem sie globale Trends erfasst, diese analysiert und in Konzepte überführt und darauf basierend Strategien entwickelt und umsetzt. „Die Epizentren der Einflussfaktoren befinden sich zurzeit außerhalb von Österreich und mit Ausnahme von Brüssel auch außerhalb von Europa. Genau hier hat Österreich zurzeit geökonomische Schwierigkeiten. Aber die IV hat durch ihre Mitglieder Beziehungen zu vielen nationalen und globalen Plattformen und dient als Impulsgeber für relevante Themen des Standortes. Das ist das Entscheidende für ihre Position in der Netzwerkanalyse, da sie die Qualität der Informationen und Entscheidungen massiv verbessert und beeinflusst“, erklärt Katzmaier.

## DIE METHODE DER NETZWERKANALYSE

Die soziale Netzwerkanalyse bildet die soziale Architektur eines Landes mit Akteuren aus den Sektoren Politik und Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Zivilgesellschaft und Medien ab. FAS Research untersucht im Rahmen der Netzwerkanalyse ausschließlich institutionelle Verbindungen, die auf öffentlich zugänglichen Daten wie Registereinträgen und Rollen in Organisationen basieren. Informationen zu Freundschaftsbeziehungen, Verwandtschaften oder informellen Beziehungen werden nicht inkludiert. Die Vernetzung der Personen in Stakeholdergruppen wird durch Mehrfach-Mitgliedschaften von Führungskräften und Vorständen, Aufsichtsräten, Beiräten, Kuratorien und sonstiger Führungsgremien dargestellt.

## Fragmentierung

Der Experte unterstreicht, dass es in Österreich um das Spielfeld der Netzwerke seit über 20 Jahren fast gleich bestellt ist. Klar seien über die letzten zwei Jahrzehnte minimale Veränderungen im Netzwerk vorgekommen, aber im Wesentlichen seien diese nicht auf Seiten der Plattformen, sondern auf Beziehungsebene der Akteure zueinander gewesen. Laut Katzmaier ist die Fragmentierung des Netzwerks auf die Unterschiede zwischen Generationen zurückzuführen. „Ich beobachte seit Jahren Führungskräfte im System, die bis zu 40 Jahre alt sind und sehe, dass



sie viel schwächere Beziehungen haben. Sie haben das Privileg, Beziehungen auf persönlicher Ebene aufzubauen, nicht mehr erlebt“, sagt der Experte. Das sei jedoch nicht die Schuld der jüngeren Generationen, sondern ein komplexes Thema, das auf ein System mit kurzfristigen Verträgen zurückzuführen sei. Aus diesem Grund setzt sich die Industriellenvereinigung dafür ein, Führungskräften nicht nur die Pflege von Beziehungskulturen, sondern auch das Bewusstsein für wahre Verbindungen, die über digitale Netzwerke wie LinkedIn hinausgehen, zu stärken. Futschik beschreibt persönliche Interaktionen in schwierigen Zeiten als unersetzlich und erklärt: „Die nächste Generation an Führungskräften tritt in eine Welt, in der soziales Kapital nicht mehr so selbstverständlich ist wie früher. Die Industriellenvereinigung hat zahlreiche Programme und Formate entwickelt und etabliert, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Kraft von Netzwerken zu voller Wirkung zu bringen“.

## Koordinationsfähigkeit von Beziehungen

Neben der Herausforderung der fragmentierten Netzwerke erwähnt Katzmaier, dass die größte Herausforderung derzeit darin liegt, wie wir es schaffen, weiterhin geteilte Wahrnehmungen von Wirklichkeit zu haben. „Wenn jeder von uns etwas anders sieht und wir es nicht schaffen, uns zu koordinieren und kleinste gemeinsame Wirklichkeiten zu teilen, dann sind wir weder strategisch noch handlungsfähig“, sagt der CEO. Für die Messung der Netzwerke teilt Katzmaier die Netzwerkperformance in drei Hauptparameter. Den ersten Parameter bezeichnet er als den Zugang, der misst, über wie viele Handshakes jemand im Netzwerk alle

1.000 Stakeholder erreicht. Im zweiten Parameter geht es um die Koordinationsfähigkeit und die Beziehungsstärke. Das misst man über gemeinsame Dritte, die die Akteure miteinander haben. Der letzte Parameter misst die Variabilität und wie divers ein Netzwerk ist. Im Rahmen der Netzwerkanalyse sei es daher von Bedeutung, dass Plattformen nicht nur Beziehungen zu anderen Akteuren haben, sondern diese auch als „starke Verbindungen“ bewertet werden können. „Je mehr Beziehungen ich habe, desto besser bin ich informiert, weil eine Beziehung als Informationsquelle dient. Jemand, der diverse und stärkere Netzwerke hat, ist besser informiert“, sagt der Experte. Jedoch bestehe die Frage, ob die Beziehungen zum entscheidenden Zeitpunkt stark genug sind. „Wenn es schwierig wird, geht es darum, ob ich die Telefonnummer von jemandem habe und ob der andere auch abhebt. Da sprechen wir von Koordinationsfähigkeit“, sagt Katzmaier.

# STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Wenn wir die kritische Infrastruktur Europas im Energiesektor schützen wollen, müssen wir Energiewende und Industriepolitik zusammen denken, um nicht in neue Abhängigkeiten zu geraten. Die zukünftige Stromproduktion wird maßgeblich von Solarenergie geprägt sein. Um die europäische Solarindustrie nicht nach Asien zu verlieren, müssen wir PV-Zubau-Förderungen an die europäische Wertschöpfung koppeln. Nur mit einer starken Solarindustrie kann Europa die Chancen der Energiewende nutzen.“

**Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß**, CEO Fronius International GmbH und Vizepräsidentin der IV Oberösterreich

„Österreich, das Land der Berge, ist einer der lebenswertesten Orte auf dieser Welt. Chancenreich ist es auch, damit das aber so bleibt und alle Töchter und Söhne ihr Leben hier auch in vollen Zügen genießen können, braucht es unsere Industrie. Kein Sektor gibt mehr Menschen Arbeit, keiner trägt mehr zur Wirtschaft bei. Doch angefangen bei der Überbürokratisierung bis hin zu unzähligen lokalen Initiativen gegen Betriebserweiterungen und Bauprojekten bewegt sich das Land immer mehr in Richtung Deindustrialisierung. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Nicht umsonst heißt es in der Bundeshymne auch „Land der Hämmer, zukunftsreich“.

**Elmar Hartmann**, CEO von Gantner Electronic GmbH und Präsident der IV Vorarlberg



„Meine Vision für Europa ist sich daran zu erinnern, dass nur ein erfolgreicher und starker Wirtschaftsraum Vorbild für andere Regionen dieser Welt sein kann. Derzeit bewegen wir uns vielfach auf einer ideologisch geprägten, statt auf einer sach- und zielorientierten Handlungsebene – die Politik agiert wenig lösungsorientiert und keineswegs technologieoffen. Weitsicht heißt, Energie-, Klima- und Industriepolitik als zu integrierenden Politikbereich zu sehen.“

**Stefan Stolitza**, CEO von legero united und Präsident der IV Steiermark

„Die Industrie in Niederösterreich bekennt sich klar zur EU. Wir müssen aber kritisch hinterfragen, warum viele Ideen aus Brüssel gut gemeint, aber schlecht umgesetzt sind. Dem Bürokratie- und Überregulierungsmoloch ist entschieden entgegenzutreten. Ich glaube, trotz der Herausforderungen beim Erhalt der Industrie, fest an das nach wie vor große Potenzial Europas - aufgrund seiner hohen Kaufkraft, seines Humankapitals, seiner Intelligenz und seiner Innovationsstärke. Mit diesem Vertrauen in unsere Fähigkeiten müssen wir mit mehr Zuversicht und Selbstbewusstsein die Zukunft unseres Kontinents gestalten.“

**Kari Ochsner**, CEO von Ochsner Wärmepumpen und Präsident der IV Niederösterreich



Fotos: infineon, Studio Fasching, Foto mit dem Credit M. Kanizaj, IV NÖ/Marius Höfner

## DIE WICHTIGSTEN ZUTATEN FÜR SPITZENFORSCHUNG IN EUROPA

*Ohne erstklassige Forschung keine innovativen Produkte. Damit das gelingt, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein.*



Andreas Kugi ist Scientific Director, AIT Austrian Institute of Technology

**Kommentar von ANDREAS KUGI**

Spitzenforschung ist ein zentrales Lebenselixier für die Zukunft: Ohne erstklassige Forschung von heute gibt es keine kommerziell erfolgreichen Produkte von morgen. Die Frage ist nun, was es braucht, um Spitzenforschung betreiben zu können? Das Wichtigste sind exzellente Forscherinnen und Forscher, insbesondere junge, die sich mit viel Leidenschaft und Wissen engagieren – ohne diese wird man nicht erfolgreich sein können. Nicht zu unterschätzen ist auch das Umfeld: Man muss frei innovative Gedanken haben dürfen, man muss Dinge hinterfragen dürfen, man muss offen für neue Ideen sein. Ein dritter wesentlicher Punkt sind die finanziellen Mittel mit einer langfristigen Perspektive.

Wenn diese drei Voraussetzungen erfüllt sind, kann man

Spitzenforschung betreiben. Doch diese allein reichen noch nicht aus, um wirtschaftlich erfolgreiche Innovationen hervorzubringen. Dazu ist

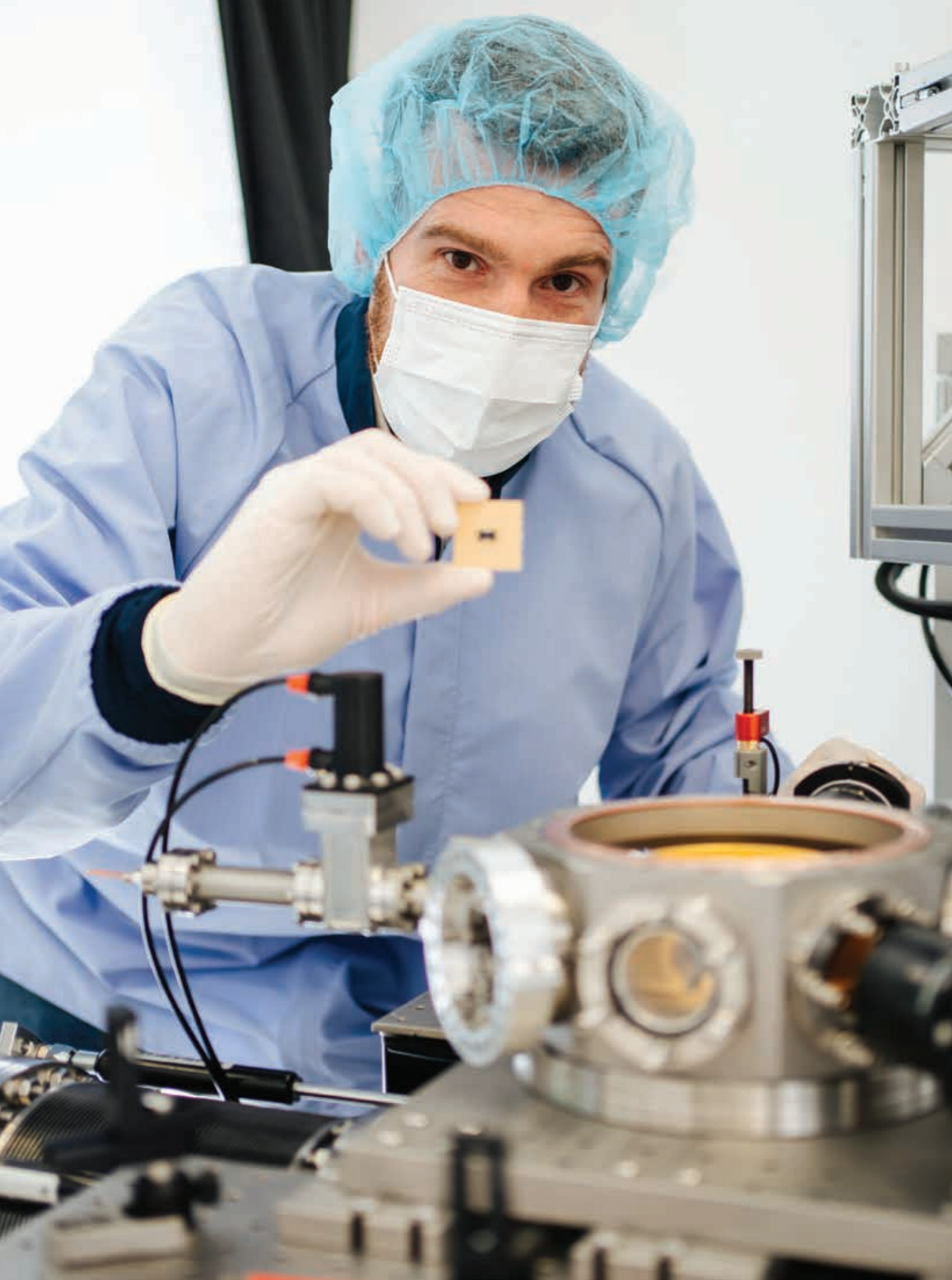
„  
**Um aus exzellenten Ideen kommerzielle Erfolge zu machen, ist es wichtig, Spitzenforschung entlang der gesamten Innovationskette zu betreiben.**“

auch eine Fokussierung auf Stärkfelder nötig: Man kann nicht alles machen, muss man die Ressourcen – die immer knapp sind – so investieren, dass man in bestimmten Bereichen Spitze werden kann. Überdies braucht man in diesen Themen Ökosysteme mit überkritischen Massen und unterschiedlichen Playern – von Universitäten über außeruniversitäre

Forschungseinrichtungen und „klassische“ etablierte Industrie bis hin zu Start-ups. Erfolgreiche Innovationszentren ziehen weitere innovative Köpfe und Unternehmen an.

In Europa haben wir traditionelle Stärken. Ein aktuelles Beispiel sind Quantentechnologien: In diesem Bereich ist Europa – und auch Österreich – sehr stark. Aber wir tun uns sehr schwer, das zu skalieren. Ein Grund dafür ist, dass die Spitzenforschung in Europa häufig in niedrigeren Technologie-Reifegraden (TRLs) angesiedelt ist. Um aus exzellenten Ideen kommerzielle Erfolge zu machen, ist es aber auch sehr wichtig, Spitzenforschung entlang der gesamten Innovationskette zu betreiben – also nicht nur bei der Generierung von neuen Erkenntnissen, sondern auch in der angewandten Forschung und Entwicklung.

Foto: AIT/Johannes Zinner



# WIE ÖSTERREICH DIE QUANTENREVOLUTION VORANTREIBT

Quantentechnologie wird zum Hoffnungsträger für die Innovationskraft Europas. Österreich nimmt mit seiner Grundlagenforschung eine Vorreiterrolle ein und stärkt Europas Position auf der Weltbühne.

Die Welt befindet sich heute an der Schwelle einer technologischen Revolution. Wie viele andere Länder nimmt auch Österreich am globalen Wettrennen um die Quantentechnologien teil. Österreichs Stärke liegt dabei in der exzellenten Grundlagenforschung. Bereits vor 25 Jahren zeigte Anton Zeilinger, dass mittels Quantenverschränkung vertrauliche Nachrichten sicher übermittelt werden können. Albert Einstein bezeichnete dieses Phänomen 1930 als „spukhafte Fernwirkung“. Im Jahr 2022 erhielt Zeilinger für seine wegweisenden Experimente den Nobelpreis für Physik. Heute stellen Quantenphänomene wie etwa die Verschränkung das Fundament der Quantenkommunikation dar.

## Datensouveränität

Österreich nimmt sowohl im Europa-Vergleich, als auch im weltweiten Vergleich eine starke Position in der Quantenkryptografie ein. So waren Forscherinnen und Forscher des AIT (Austrian Institute of Technology) von Anfang an an Zeilingers Versuchen beteiligt. „Wir entwickeln die technischen Ausrüstungen für die Quantenkryptografie sowie die nötige Software und organisieren große europäische Forschungsnetze“, sagt Martin Stierle, Leiter der AIT Competence Unit Security and Communication Technologies. Das AIT hat in den letzten 20

Jahren als wichtiger Akteur einen internationalen Ruf als Experte für terrestrische und satellitenbasierte Quantenkryptografie erlangt. Dabei ist es federführend an großen EU-Projekten beteiligt, wie auch am Quantum-Flagship-Programm der EU. Im Jahr 2016 kündigte die EU an, in den kommenden zehn Jahren rund eine Milliarde Euro für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Quantentechnologie zur Verfügung zu stellen. Ziel war es, Quantentechnologien aus dem Labor zur Marktreife zu bringen, sodass Europas Frontrunner-Position in der Quantenforschung gesichert wird. Im Rahmen des Flagship-Programms konnte das AIT als High-Tech-Lieferant für die EU in vielen Projekten mitwirken und diese, beispielsweise bei der Miniaturisierung der für die Quantenkommunikation nötigen Geräte oder beim Aufbau von Netzen zur sicheren quantenverschlüsselten Kommunikation, zum Erfolg begleiten. ➔

**107 MILLIONEN EURO investiert die Bundesregierung im Rahmen der Forschungsinitiative „Quantum Austria“ bis 2026 in den Ausbau der Quantenforschung in Österreich**

Zudem wurden im Rahmen des von dem AIT koordinierten EU-Projekts QCI-CAT, ein österreichisches Nationalprojekt der EUROQCI-Initiative der Europäischen Kommission, auch erste Pilot-Anwendungen in Österreich demonstriert. So wurden im Februar des Vorjahres ein gemeinsames Projekt von AIT und dem Klimaministerium (BMK) vorgestellt. Demonstriert wurde ein abhörsicheres Kommunikationssystem für Behörden, das quantenverschlüsselte Chats zwischen dem BMK und der AIT übertrug. Aktuell wird ein Demonstrationsnetzwerk, welches das Bundeskanzleramt mit drei Ministerien verbinden soll, eingerichtet. Für den Austausch von sensiblen Gesundheitsdaten soll zwischen den Medizinischen Universitäten Wien und Graz auch ein sicheres Kommunikationsnetz entwickelt werden.

„Dass Quantentechnologien unseren Alltag sicherer machen und uns vor zukünftigen Sicherheitsbedrohungen schützen können, wurde auch im Rahmen eines weiteren AIT-Projektes bewiesen. Es besteht die Gefahr, dass das Kryptogramm von aktuellen Finanztransaktionen in Zukunft von Quantencomputern einfach geknackt werden kann. Daher hat das AIT gemeinsam mit weiteren Forscherinnen und Forschern aus Wien ein besonderes Verfahren der Quantenverschlüsselung (Quantum-Key-Distribution, QKD) für digitale Zahlungen entwickelt. Mit dem Ziel, die Transaktionsverläufe auch zukünftig vor Angriffen zu schützen und somit die Datensouveränität Europas zu steigern.

#### Sicherheit durch Quantentechnologie

„Ich glaube, es ist heute wichtig, dieser Bedrohung ins Auge zu sehen und nicht so zu tun, wie wenn es sie nicht gäbe. Auch wenn der Zeitpunkt, wo diese Gefahr eintreffen wird, noch unbekannt ist“, sagt Thomas Mann, Chief Information Security Officer (CISO) bei Cancom. Die Quantenkryptografie und QKD seien daher einfache und wirksame Mittel, die Integrität von Daten zu schützen. „Viele Unternehmen, aber auch Behörden und Sicherheitsdienste, vertrauen auf diese Technologien, die unsere Kommunikationsketten bald unentschlüsselbar für Dritte machen könnten“, erklärt Mann weiter. Besonders in Gefahr seien gängige asymmetrische Verschlüsselungsverfahren. Sobald Quantencomputer Einzug in unser Alltag nehmen, ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis praktische Einsätze und damit auch Angriffe stattfinden könnten. Als Experte im Bereich der Quantum-Key-Distribution ist Cancom darauf spezialisiert, sichere Kommunikationssysteme für seine Kundinnen und Kunden anzubieten. Auch wenn die Netzwerktechnologie nicht aus Europa kommt, ist es laut Mann möglich, einen QKD Technologiestack

Clemens Rössler ist Leiter der Ionenfallen-Systementwicklung bei Infineon.



„

**Quantencomputing ist wahrscheinlich ein Winner-Takes-Most-Markt. Das heißt, vorne dran zu sein übersetzt sich in einen enormen Performancevorteil. Deshalb gilt da jetzt Geschwindigkeit über alles.**

mit europäischen Chips und Firmware über diese Basistechnologie zu bauen, der über Glasfaserverbindung einen sicheren und mittels QKD abhörsicheren Schlüsselaustausch ermöglicht. Vor allem im Bereich der kritischen Infrastruktur sowie im Militär gebe es etliche Anwendungsfelder.

„Man veredelt bestehende Kommunikationssysteme, indem der Schlüsselaustausch bei symmetrischen Verschlüsselungsverfahren zukünftig über quantenkryptographisch sichere Verfahren durchgeführt wird. Das Quantum Key Distribution Model ermöglicht somit derartig ausgestattete Kommunikationsnetze vor den Angriffen von Quantencomputern möglichst gut abzusichern“, sagt Mann. Somit werde der Wert der übertragenen Informationen von der technischen Einrichtung, über den sie übertragen und verarbeitet werden, entkoppelt.

#### Quanten-Marathon für Quantencomputer

Um den aktuellen Vorsprung in der Grundlagenforschung nicht zu verlieren, ist es für Stefan

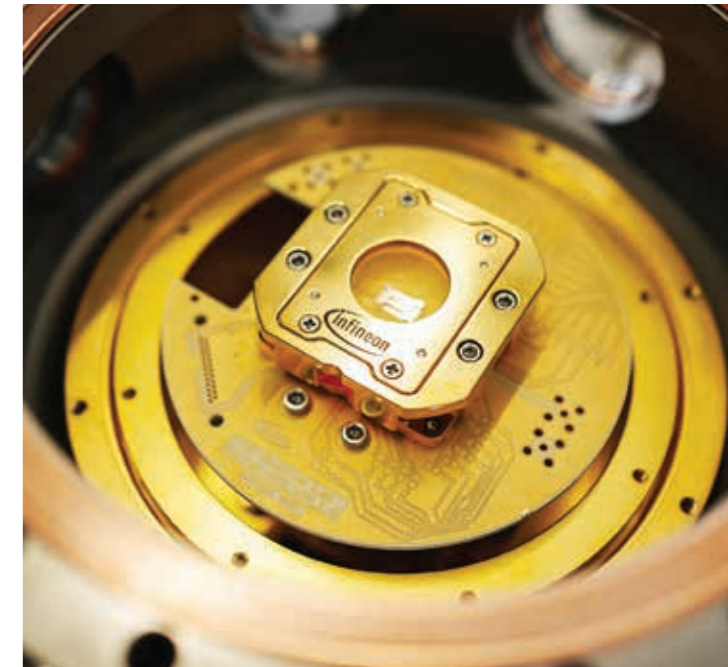
Rohringer, Leiter des Infineon-Entwicklungszentrums in Graz, entscheidend, das Wissen über die Grundlagen mit der angewandten Forschung zu verknüpfen. „Wir nutzen unser Halbleiter-Know-how um Quantenchips zu entwickeln und vernetzen uns mit den besten Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft“, sagt Rohringer. Seit 2016 setzt sich Infineon mit der Frage der Industrialisierung dieser Technologien auseinander. Der Infineon-Standort in Villach spezialisiert sich auf die Quantenchip-Entwicklung mittels Ionenfallentechnologie, welche sich im Vergleich der Quantencomputer-Ansätze durch die höchsten Rechengüten, der sogenannte „Gate Fidelity“, auszeichnen. Dazu hat Infineon im Sommer 2022 ein neues Quanten-Testlabor in Villach eröffnet. Das Ziel ist es, die Forschung zu beschleunigen, indem die Test- und Lernzyklen reduziert werden. „Das ist ein globales Wettrennen, es ist ein Marathon, kein Sprint. Wenn wir als Infineon Technologies mitmachen, dann tun wir das, um zu gewinnen“, sagt Rössler, Leiter der Ionenfallen-Systementwicklung bei Infineon. Ihm sei aufgefallen, dass Europa anfangs im Wettrennen um Quantentechnologien etwas vorne gestartet sei, bislang aber etwas langsam losläuft. „Quantencomputing ist wahrscheinlich ein Winner-Takes-Most-Markt. Das heißt, vorne dran zu sein übersetzt sich in einen enormen Performancevorteil. Deshalb gilt da jetzt Geschwindigkeit über alles“, so Rössler.

#### Stärke Österreichs

Sowohl in Europa als auch in Österreich sind die Themen Zusammenarbeit und Kooperation bei Pilot-Projekten von großer Bedeutung. Vor allem die österreichische Quantenwelt profitiert besonders von der Flexibilität und Offenheit des Quanten-Ökosystems mit Partnern aus der Wissenschaft, der Industrie und Startups. „Wir haben in Österreich in der Art und Weise, wie wir vernetzt sind, eine sehr große Stärke. Die CISOs der großen österreichischen Unternehmen tauschen sich regelmäßig aus. Das ist eine kleine, aber sehr feine Community, die offen über die Herausforderungen miteinander spricht. Wir haben alle die gleichen Probleme“, sagt Thomas Mann. Durch diese Kommunikation sei man auch sehr schlagkräftig. „Wenn es einen Technologieansatz gibt, der funktioniert, spricht sich das ganz rasch herum und wird dann auch Einzug in die Unternehmen finden. Das ist die Stärke von Österreich“, erklärt Mann.

#### Quantentechnologien einsetzen

Das Rennen um die erste Quantencomputer-Supermacht läuft noch. Universell einsetzbare Quanten-netze und fehlerfreie Quantencomputer befinden sich noch in der Entwicklung. Inwieweit diese sich in die



Realität umsetzen lassen, ist noch offen. Noch stehen Quantencomputer am Anfang. Die Frage ist auch, wie gut Österreich auf den praktischen Einsatz von Quantencomputer vorbereitet ist. „Ich sehe eine der großen Herausforderungen auch darin, dass wir in Österreich auf Forschungshotspots und die Umsetzung schauen sollten und gleichzeitig den Bedarf an Fachkräften mitdenken müssen“, sagt Rohringer. Die zentrale Frage dabei sei: „Wer wird die Quantencomputer programmieren? Wer kann das, lehrt und lernt das heute schon? Der Rest der Welt denkt bestimmt schon sehr genau darüber nach, welches Problem sie dem Quantencomputer als erste Aufgabe vorsetzen werden“, erklärt Rohringer. Probleme, die diese Rechenleistungen bräuchten, gebe es viele. Es genüge nicht, dass wir die Technologien entwickeln und zur Verfügung stellen. Wir sollten auch wissen, wie wir sie in Europa und Österreich nutzen könnten. „Das Rennen um die beste Technologie ist noch nicht vorbei. Das ist eine Stärke von Europa, denn die akademische Landschaft ist so breit und so vielseitig aufgestellt“, sagt Rössler. ➤

**Die EU-Kommission kündigte im Rahmen des Quantum Technologies Flagship in 2016**

**EINE MILLIARDE EURO für Forschung und Entwicklung von Quantentechnologien in der EU an**



Stefan Rohringer ist Leiter des Infineon-Entwicklungszentrums in Graz

”

*Wer wird die Quantencomputer programmieren? Wer kann das, lehrt und lernt das heute schon? Der Rest der Welt denkt bestimmt schon sehr genau darüber nach, welches Problem sie dem Quantencomputer als erste Aufgabe vorsetzen werden.*

## DIE WELT DER QUANTENTECHNOLOGIE

Quantentechnologien haben das Potenzial, in immer mehr Bereichen des täglichen Lebens Einzug zu halten. Sie revolutionieren bereits die Kommunikation, indem neue, sichere Verschlüsselungsmöglichkeiten eingesetzt werden, die Nachrichten vollständig abhörsicher machen.

Dabei folgt die Welt der Quantenmechanik nicht den Regeln der klassischen Physik. Das lässt sich auch durch die Funktionsweise von Quantencomputern beweisen. Diese arbeiten mit Qubits (Quantenbits), die die Grundbausteine der Quantentechnologie darstellen. Anders als klassische Bits, die entweder den Wert 0 oder 1 einnehmen, können Qubits beide Zustände gleichzeitig verkörpern. Dieses Prinzip der Quantenmechanik wird als „Superposition“ bezeichnet. Ganz im Gegenteil zur klassischen Physik, in der ein Bit oder ein Objekt zu einem bestimmten Zeitpunkt nur in einem einzigen Zustand (0 oder 1) existieren kann. Jedoch gilt die Superposition so lange, bis die Qubits gemessen werden. In die reale Welt würde sich das so übersetzen, dass eine Münze gleichzeitig Kopf und Zahl zeigt, solange niemand hinsieht und tatsächlich beide Zustände gleichzeitig verkörpert. Erst im Moment der Betrachtung nimmt die Münze einen bestimmten Zustand an (Zahl oder Kopf, aber nicht beide gleichzeitig). Dank der Superposition der Qubits kann ein Quantencomputer mehrere Rechenfragen gleichzeitig berücksichtigen, was die Rechenkapazität von Quantencomputern immens steigert. Herkömmliche Computer

mit klassischen Bits wiederum können nur einzelne Rechenkombinationen nacheinander durchführen.

Ein weiteres besonderes Phänomen der Quantenmechanik ist die Verschränkung von Photonen und Elektronen. Sind zwei oder mehr Teilchen miteinander verschränkt, teilen sie die gemeinsamen Eigenschaften des verschränkten Mehrteilchensystems. Somit beeinflusst der Zustand eines Teilchens den Zustand des anderen, unabhängig von der Distanz zwischen den beiden. Jeder Versuch, die Information eines Teilchens auszulesen, verändert den Zustand des Gesamtsystems. Dieser Zusammenhang kann genutzt werden, um Daten über große Entfernungen hinweg sicher auszutauschen.

Hier kommen die Quantenkryptografie und Quantenschlüsselverteilung (Quantum-Key-Distribution, QKD) ins Spiel. Die Verschränkung eröffnet eine völlig neue Art der Verschlüsselung, die Nachrichten abhörsicher macht, indem zwei Parteien einen gemeinsamen, sicheren Schlüssel generieren. Jeder Versuch, die Kommunikation abzuhören oder zu manipulieren, verändert die übertragenen Daten. Die QKD erreicht so die höchste Form der Sicherheit, die als Schlüsselfaktor für die Quantenkommunikation gilt. „Der fundamentale Unterschied zur klassischen Kommunikation ist, dass die Informationsübertragung beweisbar und durch die Physik gesichert ist und nicht auf dem Vertrauen in technische Implementierungen basiert“, sagt Rössler, Leiter der Ionenfallen-Systementwicklung bei Infineon.

# STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Die europäische Industrie steht an einem Wendepunkt. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und gleichzeitig den Weg zur Klimaneutralität zu ebnen. Industrieunternehmen können die dringend benötigten Klimalösungen liefern. Ein starker politischer Rahmen ist unerlässlich, um Wachstum, Investitionen und Innovation in Europa zu fördern. Bei Borealis arbeiten wir daran, unseren Beitrag zu leisten und gemeinsam mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.“

Thomas Gangl, CEO der Borealis AG

„Wir müssen in Europa grenzüberschreitend denken, um in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Innovation wichtige Synergien zu schaffen. Gemeinsam können wir in Europa eine führende Rolle in den Bereichen Bildung, Innovation und Forschung einnehmen und Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft, wie die digitale Transformation und die Energiewende, schaffen. Dafür brauchen wir eine Bürokratie, die die Zusammenarbeit einzelner Unternehmen und wissenschaftlicher Einrichtungen fördert!“

Adelheid Adelwöhner, Geschäftsführerin Neudoerfler Büromöbel und Präsidentin der IV-Burgenland



„Der Industriestandort Österreich hat sich in seiner Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen EU-Staaten in den letzten zwei Jahren stark verschlechtert. Österreich, genauso wie Europa, braucht unter dem Aspekt geopolitischer Abhängigkeiten ein klares Bekenntnis zur Industrie, sodass sich die Menschen – Arbeitnehmer wie Unternehmer und Investoren, klar orientieren können. International ist eine durch Innovation geprägte Vorreiterrolle anzustreben und abzusichern. Nur durch Wohlstand können wir unser Bekenntnis zu demokratischen Werten, Freiheit des Einzelnen und Erhaltung des Friedens innerhalb der EU gewährleisten.“

Karin Exner-Wöhner, CEO der SAG Group

„Europas Rolle in der globalen Wirtschaft muss ab sofort sein: Raus aus der Erschöpfung und rein ins Handeln. Leider verregelt und verriegelt die Politik hier oftmals unsere Zukunftsfähigkeit. Jetzt heißt es für Europa: aufwachen und neue Partner suchen – wie beispielsweise mit dem Mercosur-Handelsabkommen.“

Peter Unterkofler, Geschäftsführer Jacoby GM Pharma GmbH und Präsident der IV Salzburg







## Interview

”

# Die Industrie ist Enabler der Energiewende

Der Präsident der Industriellenvereinigung Georg Knill stellt sich den Fragen junger Studierender aus dem Begabtenförderprogramm der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

*Wie viel Einfluss sollen Vertreter der Industrie auf die Tagespolitik haben; wie Einfluss ausüben und wie legitimieren Sie diesen?*

**Georg Knill:** Es ist Teil des demokratischen Prozesses, dass Organisationen und Interessensvertretungen unterschiedlicher Ausrichtung die Anliegen ihrer jeweiligen Mitglieder öffentlich artikulieren. Als Industriellenvereinigung sind wir die Stimme von 5.000 Mitgliedern. Dabei ist uns wichtig, dass wir als unabhängige Interessensvertretung parteipolitisch neutral sind. Wenn die Politik Maßnahmen setzt, die den Wirtschafts- und Industriestandort gefährden, ist es unsere Aufgabe, die Position der Industrie in die Politik zu tragen. Es geht dabei um viele österreichische Arbeitsplätze und in weiterer Folge um unseren Wohlstand in Österreich. Schließlich ist die Industriellenvereinigung eine von vielen Interessensvertretungen, von der Arbeiterkammer (AK) über die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH) bis hin zum Bauernbund. Im Gegensatz zu den Pflichtmitgliedschaften der

Kammern vertreten wir nur die Interessen der Mitglieder, die sich freiwillig unserer Organisation anschließen.

*Laut dem IEA-Bericht „Electricity 2024“ ist der Strompreis in der EU immer noch doppelt so hoch wie vor dem Krieg und in Europa deutlich höher als im Rest der Welt. Dem Bericht zufolge hat die EU bereits ein Drittel ihrer Aluminiumproduktion verloren. Kann sich die österreichische Industrie von den hohen Strompreisen erholen?*

Der Strompreis ist im Vergleich zu den Jahren 2022 bis Mitte 2023 wieder gesunken. Allerdings befindet er sich immer noch auf einem hohen Niveau. Auch wenn wir derzeit einen sinkenden Preistrend bei Strom und Gas beobachten, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass sich die Strom- und Gaspreise weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen werden, deutlich höher als in der Vorkrisenzeit. Somit bleiben diese eine immense Herausforderung für den Industriestandort Österreich und insbesondere für energieintensiven Branchen. Ein Mittel

Foto: ÖAW Daniel Hinterramskogler

”

*Wenn die Politik Maßnahmen setzt, die den Wirtschafts- und Industriestandort gefährden, ist es unsere Aufgabe, die Position der Industrie in die Politik zu tragen.*



Studierende diskutierten mit IV-Präsident Knill über Industrie, Politik und die Zukunft

den Strompreisdruck etwas zu lindern wäre die Ausweitung der Strompreiskompensation bis 2030.

*Die Automatisierung, Rationalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt rasant. Was kann die IV unserer Generation bieten, damit wir unsere Zukunft in der Industrie sehen?*

Ein Job in der Industrie bietet die Chance, Nachhaltigkeit aktiv mitzugestalten. Die Industrie ist Enabler der Energiewende. Österreich ist international für seine Vorreiterrolle bei Klimaschutz und nachhaltigen Technologien bekannt. Auch die Verdienstmöglichkeiten sind gut. Die Bruttojahresgehälter in der Industrie sind im Schnitt um 25 Prozent höher als in anderen Wirtschaftsbereichen.

Insbesondere Frauen in Lehrberufen in der Industrie verdienen besser. Der Einkommensunterschied bis zum 65. Lebensjahr zwischen einer Friseurin und einer Mechatronikerin beträgt rund 900.000 Euro.

*Die IV möchte Vollzeitarbeit fördern. Gleichzeitig führen KI und Robotik dazu, dass viele Arbeiten, vor allem in weniger qualifizierten Bereichen, nicht mehr von Menschen ausgeführt werden. Wie sieht die IV diesen scheinbaren Widerspruch?*

Es ist mittlerweile bekannt, dass wir einen Fachkräftemangel in allen Branchen haben. Wir rechnen in den nächsten zehn Jahren mit einem Mangel von Arbeits- und Fachkräften von 540.000 Personen. Insofern steht die Forderung nach Anreizen für mehr Vollzeitarbeit nicht im Widerspruch zur technologischen Entwicklung. Damit Vollzeitbeschäftigung für alle im Sinne der Wahlfreiheit möglich ist, muss aber auch die Kinderbetreuung ausgebaut werden. Natürlich können KI und Robotik dazu führen, dass bestimmte einfache Arbeiten nicht mehr von Menschen ausgeführt werden müssen. Es ist aber nicht zu befürchten, dass dadurch viele Arbeitsplätze verloren gehen. Das zeigen auch Studien. Die Arbeitswelt wird sich entsprechend verändern und Menschen werden andere Berufe ausüben. Manche Berufe gibt es heute zum Teil noch gar nicht, sondern werden sich erst im Zuge der Digitalisierung entwickeln. Auf diese Herausforderungen müssen wir auch unser Bildungssystem vorbereiten.

Foto: ÖAW Daniel Hinterramskogler

*Welche drei wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen würden Sie umsetzen, wenn Sie in der tätig Politik wären?*

Wenn ich in der Politik wäre, würde ich die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren priorisieren. Darüber hinaus halte ich es für wichtig, verstärkt auf marktwirtschaftliche Instrumente wie die Emissionshandelssysteme der EU, beispielsweise ETS und ETS2, zu setzen. Das ETS hat gezeigt, dass diese für den

Klimaschutz die effizientesten und zum Teil effektivsten Instrumente sind. Wovon ich jedoch wenig halte, ist eine einseitige Verbotspolitik. Für wichtig halte ich auch Kosten-Nutzen-Analysen einzelner Maßnahmen.

*Welche Möglichkeiten gibt es für junge Menschen in Österreich, sich für die Wirtschaft zu engagieren?*

Junge Menschen können als Gründerinnen und Gründer von Startups

in das Unternehmertum einsteigen oder einen der vielfältigen Karrierewege in der Industrie beschreiten. Wer Wirtschaftspolitik mitgestalten will, dem kann ich nach dem Studium unser IV-Traineeprogramm ans Herz legen. Das 30-monatige Ausbildungsprogramm bietet intensive Einblicke in die Fachbereiche der IV sowie in nationale und internationale Unternehmen, Institutionen und Organisationen.

”

*Der Einkommensunterschied bis zum 65. Lebensjahr zwischen einer Friseurin und einer Mechatronikerin beträgt rund 900.000 Euro*



# UNSERE INDUSTRIE

**bringt Österreich nach vorne!**

Die Industrie steht für ein Viertel der Wirtschaftskraft, eine Million hochqualitative Arbeitsplätze und die Hälfte der Forschungsausgaben.



Zukunft gestalten  
Industriellenvereinigung

www.iv.at

ZUKUNFT  
GESTALTEN

EUROPAWAHL   
9. JUNI 2024

  
  
i vote

 INDUSTRIELLEN  
VEREINIGUNG

[www.iv.at](http://www.iv.at)

Wer bestimmt, wohin sich Europa in Zukunft bewegt?  
Du!

Nutze deine Stimme und wähle, denn wir entscheiden  
gemeinsam in welchem Europa wir morgen leben möchten.